

Suchergebnisse: Beamte

-1750 – Der Codex Hammurabi regelt den Bierausschank

Babylonien * Der babylonische König Hammurabi lässt eine umfangreiche Gesetzessammlung auf einer monumentalen Stele festhalten. Seine Regierungszeit wird – je nach verwendeter Chronologie – unterschiedlich datiert; häufig wird sie mit etwa 1792 bis 1750 v. Chr. angegeben. Der sogenannte Codex Hammurabi enthält auch Vorschriften für Schankwirtinnen und den Verkauf von Bier. Er regelt unter anderem Preise, Zahlungsmittel und Strafen bei Verstößen. Die oft genannten täglichen Bierrationen für Arbeiter, Beamte und Priester stammen jedoch nicht aus dem Codex selbst. Solche Zuteilungen sind aus anderen mesopotamischen Verwaltungsaufzeichnungen bekannt und richten sich nach Tätigkeit und gesellschaftlicher Stellung. Bier dient in Babylonien als Grundnahrungsmittel, Genussmittel, Opfergabe und Bestandteil medizinischer Zubereitungen. Mit heutigem Bier ist es nur bedingt vergleichbar: Es wird aus verschiedenen Getreidesorten hergestellt, häufig ungefiltert getrunken und kann mit weiteren Zutaten versetzt sein. Die Stele des Codex Hammurabi wird 1901/1902 bei Ausgrabungen in Susa im heutigen Iran entdeckt. Sie besteht aus schwarzem Basalt und befindet sich heute im Louvre in Paris. Der Codex zählt zu den ältesten und umfangreichsten erhaltenen Gesetzessammlungen, ist jedoch nicht die älteste bekannte Gesetzessammlung der Welt.

-1400 – Bierbrauen im alten Ägypten

Ägypten * Bier gehört im alten Ägypten zu den wichtigsten Nahrungs- und Genussmitteln. Es wird täglich getrunken, als Lohn ausgegeben und bei Festen sowie religiösen Zeremonien verwendet. Mehrere Gottheiten stehen mit Bier und Rausch in Verbindung. Dazu zählt Hathor, die Göttin der Liebe, Freude und Musik, die auch als „Herrin der Trunkenheit“ verehrt wird. Die Ägypter brauen Bier vor allem aus Gerste und Emmer. Nach der Gärung füllen sie es in Tongefäße. Verschlussene und versiegelte Krüge ermöglichen die Lagerung und den Transport. Das ägyptische Bier unterscheidet sich deutlich von heutigen Sorten: Es enthält keinen Hopfen, ist häufig trüb und kann mit Früchten, Gewürzen oder anderen Pflanzenstoffen verfeinert werden. Eine Wandmalerei im Grab des hohen Beamten Qenamun in Scheich Abd el-Qurna bei Luxor zeigt verschiedene Arbeitsschritte der Lebensmittel- und Getränkeherstellung. Qenamun dient unter Pharao Amenophis II., weshalb das Grab und seine Darstellungen in das 15. Jahrhundert v. Chr., wahrscheinlich zwischen etwa 1425 und 1400 v. Chr., gehören. Solche Darstellungen und weitere archäologische Funde belegen die große wirtschaftliche und



gesellschaftliche Bedeutung des Brauens im alten Ägypten.

1303 – Die Templer-Banken haben einen illustren Kundenstamm

Aragon * Der König von Aragon gibt seine Kronjuwelen der Templerburg Monzon zur sicheren Aufbewahrung. Der König, seine Familie, seine Beamten, Kaufleute und verschiedene Seigneurs zählen - neben den Würdenträgern der Tempelherren - zum Kundenstamm der Templer-Banken.

Der sich immer in Geldnöten befindende französische König will sich das riesige Vermögen des Tempelordens sichern, obwohl es gerade der Tempelorden war, der immer wieder den französischen Staat vor dem Staatsbankrott gerettet hat.

1526 – Die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. erlassen eine „Ordnung der Klaider“

München - Landshut * Von den Herzögen Wilhelm IV. und Ludwig X. wird im wiedervereinigten Baiern erneut eine „Ordnung der Klaider“ mit dem Untertitel „Von Überflüssigkeit der Klaider“ erlassen. Diese mit den Landständen abgestimmte Bekleidungsvorschrift ist sehr umfangreich und ausführlich. Sie teilt die bayerische Bevölkerung in 17 Gruppen ein, was jedoch keine rangmäßige Einstufung bedeutet. So bilden die Frauen und Töchter des Adels, der Patrizier-Geschlechter, der Kaufleute und reichen Bürger sowie der Handwerksmeister jeweils eine eigene Gruppe. Die dem „Hofgesindt“ zugerechneten oberen Beamten wie die fürstlichen Räte und die nicht-adeligen Sekretäre sind mit den Patrizier-Bürgergeschlechtern gleichgestellt. Der ebenfalls zum „Hofgesindt“ gehörende höhere Beamtenstand, wozu die fürstlichen Pfleger, Richter, Kastner, Mautner, Zöllner, Ungelter, Forstmeister, oberste Jäger, Futterschreiber, Küchenschreiber und Mundköche gehören, sind kleidungstechnisch im selben Rang wie die Kaufleute und die reichen Bürger. Der gemeine Bürger ist dem Handwerksgesellen und der Tagelöhner dem Bauern gleichgestellt. Das ergibt insgesamt acht Standesgruppen.

10. Juni 1530 – Ein Manöverspiel für die kaiserliche Gefolgschaft

Ramersdorf - Haidhausen - München * Die kaiserliche Gefolgschaft wird kurz hinter Ramersdorf, auf einer Lüten genannten Schafweide, von einer festlich herausgeputzten Ritterschar begrüßt, die den Rahmen für ein Manöverspiel bilden. Wie der Historiker Sigmund Riezler in seiner Bayerischen Geschichte berichtet, ist hier „mit den herzoglichen Heerpaukern und Trompetern die



Reiterei der Landsassen und Hofbeamten aufgestellt, 550 Pferde stark, darunter etwa 300 in vollständiger Rüstung, Blankharnisch, Armzeug, Knieköpfen, die Rosse mit Eisenstrinen, alle in roten Röcken mit dem herzoglichen Wappen auf dem Ärmel, eine buntschimmernde Masse, überragt von langen, schwarz und weiß bemalten Spießen mit schwarzen Fransen. An den Anführern bewundert man damastene Röcke, goldene Ketten und vergoldete Waffen“. Jeder Reiter hat hinter sich einen Pagen, der ihm die Lanze und den Helm mit wallenden Federn trägt. Ein alter Kriegermann, der Ritter Dietrich von Knöringen, befehligt diese glänzende „cavalli alla borgognona“. Um den Empfangsplatz bilden einhundert Feldgeschütze - Quartanen, Schlangen, Falkonetlein und Mörser - einen Halbkreis, wobei die Zuschauer ganz besonders eine achtzehn Fuß lange, hölzerne, mit Eisenringen umwickelte Büchse interessiert. Diese haben baierische Truppen im Jahr 1525 vor Rastatt den aufständischen Bauern abgenommen.

Mai 1590 – Der Hofrat erlässt die „Gemeine General Instruction“

München * Der Hofrat erlässt die „Gemeine General Instruction. Wie sich alle und jede Pfleger, Richter und Beamte [...] mit den Unholden und Hexenwerckhs verleumbden Personen in Erkennung, Einziehung und Besprechung [...] zu verhalten haben.“ Damit ist die Strafbarkeit des Hexereidelikts im baierischen Herzogtum landesherrlich gebilligt. Die Verrechtlichung des Hexerei-Tatbestands führt zunächst aber zum Rückgang der Verfolgungen. Den zuständigen Unterbeamten erscheint die Einleitung eines Verfahrens juristisch offensichtlich zu kompliziert und risikoreich. Und nicht jeder Landrichter ist Jesuitenschüler und versteht die dahinter stehende theologische Logik. Hinzu kommen die Widersprüchlichkeiten der Hexenprozess-Ordnung und die ständig eintreffenden einschränkenden Vorgaben.

14. Dezember 1591 – Herzog Wilhelm V. befiehlt den Eid auf den Glauben abzulegen

München * Herzog Wilhelm V. befiehlt, dass neben den Beamten auch alle Offiziere, bürgerliche Obrigkeiten, Stadt- und Marktschreiber, Gerichtsprokuratoren und Schulmeister den „Eid auf den Glauben“ ablegen müssen.

1597 – Die Münchner Marianische Kongregation wird geteilt

München-Kreuzviertel * Die erste Münchner Marianische Kongregation hat einen großen Mitgliederzulauf, sodass eine Teilung der zu groß gewordenen Kongregation notwendig wird. Die Schüler des Lyzeums vereinen sich mit den Adeligen, Hofbeamten und



Akademikern in der „Congregatio Maior“, die wegen der Lateinkenntnisse ihrer Mitglieder auch die „Lateinische“ genannt wird. In der „Congregatio Minor“ versammeln sich die Schüler des Gymnasiums, die jüngeren Studenten, sowie die lateinunkundigen Bürger.

4. Februar 1598 – Die Untertanen werden auf Herzog Maximilian I. vereidigt

München * Die Beamten, Lehensvasallen und Untertanen werden von ihrem Eid gegenüber Herzog Wilhelm V. entbunden und auf Herzog Maximilian I. vereidigt.

21. Januar 1612 – Eine Strafarbeit für die voreiligen Juristen

München * Der Geheime Rat schickt das „Herzogliche Baierische Mandat gegen Aberglauben, Zauberei, Hexerei und andere sträfliche Teufelskünste“ wieder zurück, weshalb es den Beamten erst im März 1612 zugänglich gemacht werden kann. Die für den voreiligen Druck verantwortlichen Hofräte Dr. Cosmas Vagh und Dr. Hieronymus Faber mussten die Korrekturen als Strafarbeit persönlich in die anderen Exemplare übertragen. Das Verhalten des Hofrats gegenüber dem Geheimen Rat löst auch die Untersuchung der Vorgänge in Wemding aus.

März 1612 – Das baierische Aberglaubens- und Hexenmandat wird veröffentlicht

München * Erst jetzt ist das Herzogliche Baierische Mandat gegen Aberglauben, Zauberei, Hexerei und andere sträfliche Teufelskünste den Beamten zugänglich gemacht. Das „Landgebott wider die Aberglauben Zauberey Hexerey und andere sträffliche Teufelskünste“ umfasst 40 Seiten und ist das umfangreichste Gesetz gegen die Hexerei, Zauberei und Aberglauben, das jemals in Mitteleuropa publiziert worden ist. Es listet 52 strafbare Formen von Aberglauben auf. Darunter beispielsweise Wahrsagen, Astrologie, Geisterbeschwörung, Ausgraben von Leichen und Alraunen, abergläubisches Schatzsuchen, Ungezieferbeschwörung, Wetter- und Bildzauber, Bannung von Geistern und Krankheiten durch Ansegnen, Missbrauch von Scharfrichterutensilien und so weiter. Ausdrücklich wird guter und schlechter Zauber gleichgesetzt. Auch harmloser Aberglaube gilt als Vorstufe zum Hexenverbrechen. Jede Form von Zauberei muss ausgerottet werden, weil sonst „Gott der Allmechtig zu billichem Zorn gegen uns Menschen bewegt und unser Landt und Leuth mit thewringung Krieg und Pestilentz auch andern mannigfaltigen Plagen straffen und angreifen möchte“. Schließlich ist es Aufgabe der Obrigkeit, die Ehre Gottes zu retten. Als besonders tatverdächtig werden im Bereich des



Aberglaubens die Schmiede auf dem Lande, die alten Weiber und die Nachrichter genannt. Erstmals wird für den Bereich des Herzogtums Baiern nun auch der Teufelspakt als Straftat ausformuliert.

23. Mai 1613 – Dr. Gottfried Sattler wird in Markt Schwaben hingerichtet

München - Markt Schwaben * Herzog Maximilian I. macht der Vorschlag, das Urteil gegen Dr. Gottfried Sattler außerhalb von München zu vollstrecken, um so ein größeres Aufsehen zu vermeiden. Dr. Gottfried Sattler wird wenig später in Markt Schwaben hingerichtet. Es ist aber nicht die willkürliche Art seiner Prozessführung, die zu seiner Verurteilung führt, sondern die „Unterschlagung und Veruntreuung“ und damit die „Schmälerung der landesherrlichen Einnahmen“. Erst nach dem Wemdinger Fiasko setzt sich beim Hofrat eine vorsichtigere Verfolgungspraxis durch. Die Außenbeamten werden jetzt sorgfältiger überwacht und voreilige Maßnahmen frühzeitiger gerügt. In der Folgezeit endeten die meisten Untersuchungen wegen Zauberei mit strengen Verweisen.

23. Mai 1618 – Die Delinquenten werden defenestriert und landen auf dem Misthaufen

Prag * Die Ständevertreter begeben sich in das Schloss auf dem Hradschin, um die kaiserlichen Beamten zur Rede zu stellen. Es kommt zu einem heftigen Streit, in dessen Folge die Aufständischen zwei Statthalter Ferdinands samt deren Sekretär aus einem Fenster der Burg werfen. Doch die katholischen Statthalter überleben, was in der katholischen Propaganda umgehend zu einer Engels- und Marienerscheinung und damit zu einem Wunder umgedeutet wird. Weniger pathetische Stimmen sprechen von einem Misthaufen der den Sturz abgemildert hat. Doch auch einen Misthaufen hätten - nach einem freien Fall aus 18 Metern Höhe - drei Ungeübte nicht so leicht überstanden, dass sie hinterher noch in der Lage gewesen wären wegzulaufen. Die Lösung liegt wahrscheinlich an der unter dem Fenster schräg verlaufenden Wand. Durch die kleinen Fenster konnten die Delinquenten nicht mit Schwung „defenestriert“ werden und so nach unten rutschen. Die Ereignisse auf der Prager Burg stilisieren die katholischen Propagandisten zur Staatsaffäre hoch. Der Prager Fenstersturz ist die Initialzündung für den Dreißigjährigen Krieg.

29. Januar 1630 – Eine Bücherverbrennung in Amberg

Amberg * Im Zuge der Rekatholisierung der Oberpfalz lässt Kurfürst Maximilian I. vor den Toren



von Amberg 11.183 unkatholische Bücher verbrennen. Diese wurden zuvor von den bayerischen Beamten bei systematischen Hausdurchsuchungen eingezogen. Propagandistisch wird die Bücherverbrennung als Strafgericht inszeniert und durch Jesuitenschüler musikalisch unterstützt. Die Rekatholisierung der Oberpfalz wird bis zum Jahr 1675 weitestgehend abgeschlossen sein.

22. August 1638 – Philipp Holzhauser darf eine Kapelle in Haidhausen errichten

Haidhausen * Der „Churfürstlich Bayerische Rechnungs-Commissarius und Preibeamte zu München“, Philipp Holzhauser, erhält vom Freisinger Bischof Veit Adam Gebeck die Genehmigung, dass er „in seiner eigentumblichen Behausung vnnd Garten zu Haidthausen negst München Bogenhauser Pfarr“ eine Kapelle zu Ehren des Heiligen Kreuzes errichten und mit Paramenten und allem zur Feier des hl. Meßopfers Notwendigen versehen darf. Außerdem erhält er und seine Ehefrau auf Lebenszeit das Recht zugesprochen, dass sie - so oft sie sich in ihrer Besetzung in Haidhausen aufhalten - an einem Messopfer beiwohnen dürfen, das von einem geweihten Priester gehalten wird. Ausgenommen von diesem Recht sind lediglich die Hochfeste Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Philipp Holzhauser muss viel für die Kirche getan haben, dass er solche Privilegien überhaupt erhalten kann. Und tatsächlich treten er und seine Gattin mehrfach als Taufpaten in Erscheinung. Zudem vermacht er der Haidhauser Kirche mehrmals hohe Geldbeträge.

17. November 1652 – Caspar von Schmid heiratet die Hofbeamtenstochter Katharina von Imsland

München-Angerviertel * Caspar von Schmid heiratet die Hofbeamtenstochter Katharina von Imsland. Die feierliche Trauung findet am späten Abend in der Peterskirche statt, wie es in vornehmen Kreisen des Barocks damals Brauch war.

20. März 1705 – Kaiser Leopold I. setzt eine Administration ein

Wien * Hofkriegspräsidenten, Geheime Räte und hohe Kanzleibeamte beraten in Wien über eine zentrale Administration für ganz Bayern. Prinz Eugen „der edle Ritter“ führt den Vorsitz dieser streng geheimen Besprechung. Mit Argwohn beobachtet man die rege Korrespondenz zwischen München und Brüssel. Schließlich setzt Kaiser Leopold I. - zur zivilen und militärischen Verwaltung Baierns - die Kaiserliche Administration mit Sitz in Landshut ein. Zum Landesadministrator wird der Diplomat Graf Maximilian Carl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort bestellt.



25. Mai 1705 – Die Kaiserliche Administration schreibt erneut eine Kriegssteuer aus

München * Die Kaiserliche Administration schreibt erneut eine außerordentliche Kriegssteuer aus, an der sich korrupte Beamte durch erhöhte Forderungen noch bereichern.

6. Juni 1705 – Die baierischen Beamten leisten einen Treueid auf den Kaiser

München * Am 6. und 8. Juni leisten die baierischen Beamten einen Treueid auf den deutsch-römischen Kaiser Joseph I..

2. Oktober 1705 – Zwangsrekrutierungen werden angeordnet

München * Da sich weiterhin die meisten jungen Männer der Rekrutierung durch Flucht entziehen, ordnet die Kaiserliche Administration Zwangsrekrutierungen zur Auffüllung ihrer stark gelichteten Regimenter an. Verwaltungsbeamte und Rekrutierungskommandos greifen wehrfähige Männer auf, wo immer sie sie finden. Söhne und Knechte von Bauern werden während der Feldarbeit oder nachts aus den Betten weggeschleppt. Sogar aus den Kirchen werden sie gezogen, auf Wagen gefesselt nach Ungarn oder Italien entführt. Den Bauern fehlen dadurch die Arbeitskräfte. Bis zu den Zwangsrekrutierungen beschränkte sich die Bevölkerung auf Beschwerden an die Kaiserliche Administration. Erst ab jetzt wird tätlicher Widerstand anzutreffen sein.

18. Dezember 1705 – Eine Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen

Tölz * Im Tölzer Franziskanerkloster treffen sich die Beamten und Gemeindeobmänner des Gerichts Tölz und Umgebung. Mit anwesend sind der Pflegskommissär Maximilian Alram aus Valley, der ehemalige baierische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs und die Offiziere. Den Anwesenden wird in einer Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen eröffnet, dass die Kaiserliche Administration die kurfürstlichen Prinzen aus München entführen möchte, weshalb einige Adelige und die Münchner Bürgerschaft dringend bitte, dass man im Oberland zu den Waffen greifen und die Kaiserlichen aus München vertreiben soll. Aus dem Rentamt München wären dazu 20.000 Mann bereit. Und aus dem Unterland erwartet man weitere 8.000. Außerdem haben die Münchner versprochen, dass sie die Aufständischen ohne Verlust eines einzigen Mannes und ohne einen Schuss Pulver in die Stadt schleusen würden. Den Beamten erklärt man, dass der „Marsch nach München“ den Intensionen des Kurfürsten



entspräche, wie der Brief vom 9. Dezember 1705 beweise. Es wird für die Gerichte südlich von München ein Aufgebotsbefehl erlassen.

23. Dezember 1705 – Ein bäuerliches Aufgebot trifft sich in Schäftlarn

Schäftlarn * Ein bäuerliches Aufgebot von rund 3.000 Mann aus den verschiedensten Gerichtsbezirken und Hofmarken treffen sich in Schäftlarn. Vom Landgericht Tölz 500 Mann, vom Klostergericht Benediktbeuern 200 Mann, vom Klostergericht Tegernsee 200 Mann, aus den Hofmarken Reichersbeuern, Sachsenkam und Dietramszell 100 Mann, vom Landgericht Aibling und der Grafschaft Hohenwaldeck 600 Mann, aus der Grafschaft Valley 300 Mann, vom Landgericht Rosenheim 70 Mann, vom Landgericht Starnberg 200 Mann und vom Landgericht Wolfratshausen 600 Mann. Etwa ein Drittel der Männer haben Gewehre, der Rest ist mit den typischen Bauernwaffen ausgestattet. Das Aufgebot umfasst 300 Reiter und verfügt über sechs Geschütze. Am Nachmittag treffen sich in Schäftlarn die Anführer der Aufständischen zu ihrer ersten Beratung. Das Kommando über den gesamten Heerhaufen wird dem kurbaierischen Hauptmann Matthias Mayer übertragen. Er weigert sich und übernimmt den Oberbefehl erst nach massivem Druck. Zum Unterkommandanten wird Leutnant Johann Houis ernannt. Die Schützen führt der „Jägeradam“ Schöttl, die Reiterei der Tölzer Pflégskommissär Joseph Ferdinand Dänkel an. Als am Abend ungünstige Nachrichten aus München eintreffen, wollen Hauptmann Matthias Mayer und eine ganze Reihe von Beamten das ganze Vorhaben abblasen. Doch Pflégskommissär Dänkel, Kriegskommissär Fuchs und der Münchner Weinwirt Jäger setzen sich mit aller Kraft für den „Marsch nach München“ ein.

25. Dezember 1705 – Die Kaiserlichen hören die Aufständischen nicht mal an

München * Gegen 6 Uhr wird ein Tambour von den Anführern der Aufständischen vor das Sendlinger Tor geschickt. Er soll die Kaiserliche Administration zur Übergabe der Stadt auffordern, wird aber von den Kaiserlichen nicht angehört und muss unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Beamtenführung in Untersendling gibt das Unternehmen daraufhin verloren und zieht ab. Mit ihnen auch Hauptmann Jean Philipp Gauthier, Leutnant Johann Houis, der Tölzer Pflégskommissär Joseh Ferdinand Dänkel und die gesamte Bauernreiterei. Nur der Münchner Jägerwirt Johann Jäger, der Student Anton Passauer, Hauptmann Matthias Mayer und Landleutnant xxxxxx Heller verbleiben bei den Oberländern.

1. Mai 1776 – Johann Adam Weishaupt gründet den Geheimbund der Illuminaten



Ingolstadt * Der Ingolstädter Professor für Kirchenrecht und praktische Philosophie, Johann Adam Weishaupt, gründet den Geheimbund der Illuminaten, dem ein Großteil der bayerischen Beamenschaft, zahlreiche Mitglieder der Landstände und Geistliche angehören und dessen Ziel die Errichtung eines fürsten- und religionslosen Weltstaates ist. Die Vereinigung hat von den Freimaurern wesentliche aufklärerische Grundpositionen, Organisationsformen und Rituale übernommen. Weishaupts Motive bewegen sich durchaus in die Richtung eines gesellschaftspolitischen Umsturzes. Auch Maximilian Joseph von Montgelas gehört den Illuminaten unter dem Ordensnamen „Musäus“ an. Obwohl der Freiherr zum „Illuminatus maior“ aufsteigt, spielt er innerhalb des Geheimbundes nie eine größere Rolle.

1790 – Kurfürst Carl Theodor führt den Illuminateneid ein

München * Kurfürst Carl Theodor führt den sogenannten Illuminateneid ein. Jeder Beamte und Geistliche muss versichern, dass er keiner geheimen Gesellschaft angehört. Zusätzlich gibt es Inquisitorische Untersuchungsverfahren gegen verdächtige Personen und Gruppen. Es herrscht „eine gewisse finstere Stimmung in Baiern, jener ähnlich, welche zu den Zeiten der Hexenprozesse durch ganz Deutschland geherrscht hatte. Der geringste Verdacht, die unbedeutendste Veranlassung reichte hin, um für einen Illuminaten gehalten zu werden“.

27. Juli 1796 – Verhaltensinstruktionen im Falle eines Einmarsches fremder Truppen

München * Die Obere Landesregierung erlässt für die Beamten Verhaltensinstruktionen im Falle eines Einmarsches fremder Truppen. Österreicher und Franzosen [Freund und Feind] werden darin gleichgestellt.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete



Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbayern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Oberaufsicht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein bayerisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

2. Dezember 1802 – Freiherr von Aretin trifft in Mühldorf ein und nimmt Besitz von der Stadt

Mühldorf * Johann Adam Freiherr von Aretin nimmt - unter großem Jubel der Bevölkerung - mit dem Besitzergreifungspatent vom 26. November offiziell Besitz von der Stadt Mühldorf am Inn. Er weist das Pfliegergericht an, ab sofort keine Weisungen und Befehle mehr aus Salzburg entgegenzunehmen. Nach der Vereidigung der Beamten findet ein feierlicher Gottesdienst in der Pfarrkirche statt. Am Abend wird in der Stadt gefeiert.

1. März 1808 – Die Thurn und Taxis lesen heimlich die ihnen anvertrauten Briefe

München - Regensburg * Minister Montgelas hat ausreichend belastendes Material gegen die Thurn und Taxis gesammelt und kann nun König Max I. Joseph handfeste Beweise auf den Tisch legen. Demnach öffnen und lesen die Thurn und Taxis in ihren „Schwarzen Kabinetten“ heimlich die ihnen anvertrauten Briefe. Das Material ist so erdrückend, dass man sich in Regensburg keine Mühe zur Entgegnung macht. Der Taxische Beamte Alexander von Vrints gibt alles zu und



räumt ein, dass dies seit hundert Jahren bei den Taxis übliche Praxis sei. Mit der Verordnung über die Einrichtung einer General-Direktion der Königlichen Posten wird in Bayern die Thurn und Taxischen Reichsposten beseitigt. Man unterstellt die Post dem Ministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren. Mathilde Therese, die Ehefrau des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis und Nichte von Max I. Joseph, erreicht noch, dass sie als Ablösesumme Teile des ehemaligen Regensburger Hochstifts erhält, nämlich Wörth, Donaustauf und Wiesent. Außerdem bekommt das Haus Thurn und Taxis 60.000 Gulden und die Würde eines bayerischen Reichsoberpostmeisters mit der Funktion „der Oberaufsicht bei feierlichen Zügen und Auffahrten“ und die Befugnis, bei hochhoffiziellen Anlässen den Reichsapfel zu tragen.

1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Bayern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Bayern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Bayern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Bayern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbayern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Bayern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und Ritter eher einem Fleckerlteppich. Bayern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben. Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern. Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden. Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volksheer und eine Bürgermiliz vor. Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“.



Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten. Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Baiern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens. Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert. Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande. Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten der Verfassung abgeschafft. Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Dazu sollten in jedem der acht Kreise, von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet. Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

12. Juli 1808 – Staatliche Vorschriften zur Verehelichung

München - Königreich Baiern * In einer erlassenen Verordnung zur Beförderung der Heiraten auf dem Lande wird die Verehelichung von der Bewilligung der ordentlichen Polizeibehörde des Ortes abhängig gemacht, wo die Heiratenden mit hinreichender Aussicht auf ihre Nahrung den Wohnsitz nehmen. Damit wird den Gemeinden auch in Fragen der Verehelichung die Mitwirkung entzogen. Zusätzliche Haftungsbestimmungen gegenüber den entscheidenden Beamten schränken die Wirksamkeit der Verordnung stark ein. Sollte sich die Familie doch nicht selbst ernähren können, fällt der Unterhalt der genehmigenden Behörde zur Last. Wenn Geistliche eine Eheschließung ohne die vorherige staatliche Heiratsbewilligung vornehmen, haften sie für Schäden und Kosten, welche hieraus irgendeiner Gemeinde zuwachsen. Eheschließungen außerhalb Baierns werden für ungültig erachtet und sind strafbar.

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands



zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die baierische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine baierischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Bayern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die baierische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit baierischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum baierischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Bayern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbayern gemacht wurden.

Februar 1809 – In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherrn

Tirol * In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherrn. Ungeliebte Maßnahmen der Münchner Regierung und ein vielfach landfremdes und unkluges Verhalten der baierischen Beamten provozieren Unmut und Widerstand gerade beim Vierten Stand, den Bauern, kleinen Handwerkern und Tagelöhnern. Durch die Kriegsverhältnisse gelingt es nicht, in Tirol eine gewisse Zufriedenheit mit der baierischen Präsenz zu erzeugen.

24. März 1809 – Bitte um Gründung einer Landwirtschaftlichen Gesellschaft

München * Sechzig „wirklich hochsinnige Maenner“, Aristokraten und geadelte Mitglieder der Baierischen Akademie der Wissenschaften sowie höhere Beamte, aber kein einziger aktiv praktizierender Landwirt, bitten König Max I. Joseph eine „Landwirthschaftliche Gesellschaft“ gründen zu dürfen. Sie beabsichtigen die „practische Beförderung der Landwirthschaft“ und des in „näherer Verbindung stehenden Gewerbes“.

13. Oktober 1810 – Neugierige wollen die Braut des Kronprinzen sehen



München * Am Morgen macht das Militär und die Beamtenschaft ihre Aufwartung. Die bayerische Haupt- und Residenzstadt ist festlich geschmückt; den Straßenrand säumen jubelnde, neugierige Menschen, die einfach sehen wollen, wie sich die Braut des Kronprinzen denn so geben würde.

14. Oktober 1810 – Kronprinz Ludwig wird Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises

München - Salzburg * König Max I. Joseph ernannt Kronprinz Ludwig I. zum Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises mit Sitz in Innsbruck. Er wird mit seiner Frau Therese im Schloss Mirabell in Salzburg wohnen. Die Ernennung soll nicht zuletzt dazu dienen, den Kronprinzen mit den Verwaltungsgeschäften vertraut zu machen. Außerdem will ihn sein Vater in Distanz zur Regierungszentrale in München halten, um Auseinandersetzungen zwischen dem Kronprinzen und dem Außen-, Innen- und Finanzminister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas, die sich beide nicht sonderlich mochten, zu vermeiden. Der Super-Minister hat eine Menge Arbeit mit der Reorganisation des neuen Staates, um tiefgreifende Reformen und um die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaates. Gegen seine Aufgabe ist die Deutsche Wiedervereinigung ein Kinderspiel. Eine wichtige Voraussetzung für die zentralistisch geführte Verwaltung war die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte. So gibt es alleine 93 verschiedene Flüssigkeitseinheiten, die anno 1809 durch die Einführung der baierischen Maaß ersetzt werden. Das Baierische Maaß fasst 1.069 Kubikzentimeter und wird Mass ausgesprochen.

6. Mai 1817 – Klatsch und Tratsch in Hof- und Diplomatenkreisen

Wien * Die Gräfin Ernestine Rupertina Walburga von Montgelas wird in den Sternkreuzorden aufgenommen und ist damit Mitglied des höchsten Damenordens der österreichischen Monarchie. Dennoch bietet die Gräfin breite Angriffsflächen für Klatsch und Tratsch in Hof- und Diplomatenkreisen. Und so flüsterte man in den Salons über ihre außerehelichen Amouren und unterstellt ihr Liebesbeziehungen zu verschiedenen Männern der baierischen Beamtenschaft, darunter auch zum Ministerkollegen ihres Mannes: Johann Wilhelm von Hompesch. König Max I. Joseph befürchtet sogar, Montgelas Ehefrau Ernestine würde durch ihre Unbesonnenheit ihren Mann noch einmal ins Grab bringen. Im Jahr 1825 sagt er: „Wenn sie vor acht Jahren gestorben wäre, so wäre Montgelas noch heute Minister.“

21. April 1826 – Die Synagoge in der Westenriederstraße wird eingeweiht



München-Angerviertel * König Ludwig I. und Königin Therese nehmen an der Einweihung der Münchner Synagoge in der Theaterstraße teil. Auch höchste Hof- und Staatsbeamte nehmen an der Zeremonie teil und machen die Einweihung zu einem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Ereignis. Der klassizistische Synagogenbau hat 160 Männer- und Frauenplätze. Mit der Eröffnung des Gotteshauses erreicht die jüdische Gemeinde nach Jahrhunderten der Rechtlosigkeit, Ausgrenzung und Verfolgung eine erste wichtige Etappe auf dem langen Weg zur angestrebten Gleichstellung mit den christlichen Bürgerinnen und Bürgern Münchens. Trotz dieses Fortschritts gelten Juden weiterhin nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Sie unterliegen nach wie vor zahlreichen Einschränkungen – etwa im Berufsleben oder durch Niederlassungsbeschränkungen für ihre Kinder. Zudem werden sie von den staatlichen Behörden misstrauisch beobachtet und von vielen Mitbürgern noch immer als fremd und unerwünscht wahrgenommen. Das Ereignis des Tages führt auch dazu, dass die israelitische Gemeinde an hundert christliche Mitbürger je zwei Pfund Fleisch, zwei Mass Bier und Brot spendet.

30. Januar 1833 – König Otto von Griechenland trifft in Nauplia ein

Nauplia * König Otto von Griechenland trifft im Geleit von 33 Segelschiffen mit der britischen Fregatte Madagaskar in der damaligen griechischen Hauptstadt Nauplia ein. Mit Otto reisen 3.500 bayerische Soldaten, eine größere Zahl Wissenschaftler und Verwaltungsbeamte sowie ein dreiköpfiger Regentschaftsrat, bestehend aus dem ehemaligen bayerischen Finanzminister Joseph Ludwig Graf von Armansperg, dem Kgl. Staatsrat Georg Ludwig von Maurer und dem Generalmajor Karl Wilhelm von Heideck. Der Regentschaftsrat soll bis zur Volljährigkeit Ottos - in zweieinhalb Jahren - die Regierungsgeschäfte führen.

29. Juli 1833 – Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes endet mit Freispruch

Landau/Pfalz * Der Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes findet in Landau statt. Er dauert bis zum 16. August und endet mit dem Freispruch der Angeklagten. König Ludwig I. versucht die Freilassung des Juristen und Publizisten Dr. Johann Georg August Wirth sowie des Juristen Dr. Philipp Jakob Siebenpfeiffer zu verhindern, indem er aufgrund napoleonischer Gesetze eine „Präventivhaft“ anordnet. Aus seiner Sicht sind von den Beiden „staatsgefährdende Aktivitäten“ zu befürchten. Wegen kleinerer Vergehen (Beamtenbeleidigung) werden sie vor ein Zuchtpolizeigericht gestellt und zur Höchststrafe von zwei Jahren verurteilt.

5. Februar 1838 – Ludwig Peter Klug wird in Amberg geboren



Amberg * Ludwig Peter Klug wird in Amberg als fünfter Sohn eines unteren Beamten geboren.

1840 – Die Planung für das Maximilianeum nimmt konkrete Form an

München-Haidhausen * Die Planungen für den damals noch „Akropole“ genannten Nationalbau auf dem Isarhochufer nehmen konkrete Formen an. Vorgesehen ist ein Erziehungsinstitut für angehende Staatsbeamte, das unter der Bezeichnung „Athenäum“ entstehen soll. Beschrieben wird es als ein großer Kultur- und Sportcampus mit Kirchen, Sälen, einem Schwimmbad und insgesamt 23 Gebäuden. Als geistiger Initiator des Projekts gilt Friedrich Thiersch. Kronprinz Max II. beauftragt ihn daraufhin mit der Ausarbeitung eines Lehrplans sowie eines Raumprogramms für die geplante Einrichtung. Thierschs Konzept sieht eine Kirche im Zentrum der Anlage vor. Auch die Bezeichnung „Athenäum“ geht auf ihn zurück, angelehnt an die Schule für junge Griechen, die er zwischen 1815 und 1818 in München geleitet hat. Ebenso stammt die heute gebräuchliche Bezeichnung „Maximilianeum“ von

3. September 1843 – Auf dem Athener Schlossplatz kommt es zur Revolte

Athen * Auf dem Athener Schlossplatz kommt es zu einer unblutigen Revolte. König Otto von Griechenland muss seine absolutistische Herrschaft aufgeben und eine parlamentarische Verfassung mit königlicher Oberhoheit anerkennen. Außerdem werden alle bayerischen und fremdländischen Offiziere und Beamten entlassen.

20. März 1848 – „Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“

München * König Ludwig I. stellt in einer Proklamation an das bayerische Volk die zentralen Momente seiner Herrschaft - aus seiner Sicht - dar: „Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; - als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit dem Staatsgeldern um. [...] Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Bayern, für Teutschland.“ Den liberalen Forderungen der Märzrevolution kann und will der Autokrat Ludwig I. nicht entsprechen. „Regieren konnte ich nicht mehr und einen Unterschreiber abgeben wollte Ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“.



28. April 1848 – 70 bayerische Abgeordnete für das Paulskirchenparlament gewählt

München * Die Wahlmänner wählen die bayerischen Abgeordneten für das Frankfurter Paulskirchenparlament. Bayern hat siebenzig Abgeordnete zu stellen. Die in München gewählten 125 und 59 Wahlmänner wählen in einer Honoratioren-Auslese aus der lokal bekannten Bürger- und Beamtenschaft zwei Abgeordnete.

14. Juli 1849 – Die Landtagswahlen sollen andere Mehrheiten ermöglichen

Königreich Bayern * Die für diesen Tag angesetzten Landtagswahlen werden von der Staatsregierung sorgfältig vorbereitet. Sie setzt dabei vor allem auf den Einfluss der kirchlichen Oberhirten und Pfarrer sowie auf das Engagement der(höheren) Beamtenschaft. Der Regierung genehme Vereine werden gefördert; nach den Wahlen jedoch alle politischen Vereine wieder verboten. Die Wahlkreise werden erstmals von der Regierung nach wahltaktischen Gesichtspunkten gebildet. Eine Praxis, die die Regierung von nun an bis zur Wahlrechtsreform von 1906 beibehalten wird. Mit den so gewonnenen neuen Mehrheitsverhältnissen kann König Max II. eine Politik der Reaktion verfolgen und versuchen, die Änderungen der Bayerischen Verfassung wieder rückgängig zu machen.

1. Oktober 1849 – Der Centralbahnhof kann der Öffentlichkeit übergeben werden

München-Ludwigsvorstadt * Nach einer Bauzeit von 26 Monaten kann Friedrich Bürkleins Centralbahnhof der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Architekt Friedrich Bürklein hat ein Zweckgebäude im sogenannten Rundbogenstil konzipiert, das Elemente der Romanik und der italienischen Renaissance verbindet. Das der Stadt zugewandte Empfangsgebäude erinnert mit seiner Fensterrosette und der vorgelagerten Arkadenhalle fast an die Bonifazkirche. Die den Mittelbau flankierenden, zweigeschossigen Seitenbauten dienen dem Billettverkauf, der Post und als Wohnungen für Beamte. Die Einsteighalle gilt als erstes großes Bauwerk der technisch-industriellen Ära in München, deren Kühnheit und Originalität weithin gerühmt wird. Halbrundförmig, rund 110 Meter lang, 29 Meter breit und bis zu 20 Meter hoch, überspannte sie fünf Gleise. Doch es ist noch eine hölzerne Konstruktion, die kurz vor der dann aus Eisen erbauten Schrannehalle ausgeführt worden ist. Eine Fußbodenheizung erwärmt die Warte- und Restaurationsräume auf 17,5 bis 20 Grad Celsius.



1. November 1849 – Der Schwarze Einser wird herausgegeben

München-Graggenau * Der königliche Postbeamte am Münchner Hauptpostamt gibt die erste deutsche Briefmarke, den „Schwarzen Einser“, heraus. Erst einen Tag nach der Ausgabe der ersten Bayern-Marke werden die Münchner über die Neuerung im Intelligenzblatt informiert. „Die Marken“, so kann man lesen, „sind jedesmal von dem Absender auf der Adreßseite des Briefes etc. im oberen Eck links durch Befeuchten des auf denselben befindlichen Klebstoffes gut zu befestigen“. Geregelt werden in dem königlichen Erlass auch die Gebühren, Taxen genannt. Ein Brief innerhalb Münchens kostet einen Kreuzer [„Schwarzer Einser“]. Für Briefe, die nicht weiter als zwölf Meilen [knappe 20 Kilometer] verschickt werden, muss man drei Kreuzer berappen, sonst das Doppelte. Ein kleiner Preisvergleich: Für einen Kreuzer erhält man im Jahr 1849 ein Pfund Roggenbrot. Ein Pfund Schweinefleisch kostete zehn Mal soviel. Die Herstellung des Spezialpapiers bereitet solche Probleme, dass die ersten bayerischen Briefmarken vier Wochen später als ursprünglich vorgesehen in die Postämter kommen. Peter Hasenay, der im Hauptberuf Geldscheine zeichnet, muss nur drei Werte entwerfen: „1 Kreuzer schwarz“, „3 Kreuzer blau“ und „6 Kreuzer braunrot“; erst im darauffolgenden Jahr kommt noch eine weitere Marke hinzu: die „9 Kreuzer grün“. Zu dieser Zeit ist die erste Marke, der „Schwarze Einser“, schon wieder aus dem Handel gezogen. Der Schwärze wegen, denn sie macht die Stempel unleserlich. Die General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen gibt eine neue, weniger schwarze Einser heraus. Von der ursprünglichen Marke werden rund 725.000 Stück verkauft.

17. Oktober 1854 – Dankgottesdienst zur Überwindung der Cholera

München-Kreuzviertel * Nachdem König Max II. mit seiner Familie wieder nach München zurückgekehrt war, musste auf seinen Befehl hin nochmals ein Dankgottesdienst zur Überwindung der Cholera in der Frauenkirche abgehalten werden. Hierzu haben alle Beamten in ihrer Uniform zu erscheinen.

1861 – Königin Marie gründet das Marienstift für verwaiste Töchter von Staatsdienern

München * Königin Marie von Bayern ruft das „Marienstift für verwaiste Töchter von Staatsdienern aller Klassen“ ins Leben und wird in der Ludwigstraße 14 untergebracht.



1862 – König Max II. kauft Schloss Neuberghausen

Bogenhausen * König Max II. kauft das Gelände des Schlosses Neuberghausen, um in dem Nachfolgebau das „Marienstift für verwaiste Töchter von Staatsdienern aller Klassen“, die sogenannte „Beamten-Relikten-Anstalt“, einzurichten. Hinter dem etwas eigenartigen Namen verbirgt sich ein Königliches Damenwohnstift, in dem unversorgte Töchter von Staatsdienern aufgenommen werden konnten.

20. September 1862 – Das Marienstift für verwaiste Töchter von Staatsdiener aller Klassen

Bogenhausen * Der Privat-Fidei-Kommiß König Max II. kauft das Anwesen des ehemaligen Schlosses Neuberghausen mit 14 Tagwerk Grund um 60.000 Gulden von Franz und Anna Wagenpfeil. Auf dem Areal soll das Marienstift für verwaiste Töchter von Staatsdiener aller Klassen errichtet werden, die sogenannte Beamten-Relikten-Anstalt.

Oktober 1862 – König Max II. plant ein Mausoleum in Neuberghausen

Bogenhausen * König Max II. beabsichtigt darüber hinaus, sich im Garten von Neuberghausen ein Mausoleum zu errichten. Zunächst gibt es Überlegungen, die Pfarrkirche von Bogenhausen zu diesem Zweck zu benutzen und diese „auf eine würdige Weise auszustatten und zu verschönern“, doch schon kurz darauf schreibt er: „Ich bin also zu der Ansicht gekommen, dass es zweckmäßiger ist, eine eigene Grabkapelle zu bauen und mit der Relikten-Anstalt zu verbinden. Wenn diese Kapelle auch nicht dem bestimmten Zwecke dereinst dienen sollte, so bliebe doch immer der Vorteil, dass sie zu einem Simultan-Gottesdienste dem Glaubens-Bekenntnisse der Beamten Relikten entsprechend verwendet werden könnte.“ Die Planungen Eduard Riedels sehen einen achteckigen Bau vor, in dem man den Sarkophag im Untergeschoss über eine Wendeltreppe erreichen kann. König Max II. lässt für sich eine ganze Reihe von Grablegen - auch außerhalb Münchens - planen, stirbt jedoch vor der Ausführung der Projekte.

1863 – Die Beamten-Relikten-Anstalt wird gebaut

Bogenhausen * König Max II. lässt in Neuberghausen durch Baurat Riedel die „Beamten-Relikten-Anstalt“ bauen. Das repräsentative - vom Volksmund auch despektierlich „Drachenburg“ genannte - Gebäude nahe der Bogenhauser Kirche enthält „außer den Sälen



hundert Zimmer“ und bietet damit Platz für rund einhundert Personen. In ihm leben verwaiste oder alleinstehende Frauen, „namentlich Töchter des mittleren Beamtenstandes“, deren Pensionsansprüche für den Lebensunterhalt nicht ausreichend sind, für die aber wegen ihrer Herkunft und Erziehung - „als gebildete Frauenzimmer“ - nicht die damals übliche Arbeit als Dienstmädchen in Frage kommt. Ihre einzige Verdienstmöglichkeit bleibt daher „die geringe Einnahme weiblicher Handarbeiten, bei deren gewöhnlicher Unzulänglichkeit“ die betroffenen Frauen „einem kummervollen Leben“ ausgesetzt waren. König Max II. sorgt damit ebenso für den Abschluss der Laufbahn seiner Staatsdiener, wie er mit dem Maximilianeum den Beginn derselben gewidmet hat.

11. Juni 1864 – Über den Nutzen der Einrichtung Konsumverein

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben über den Nutzen der Einrichtung Konsumverein: „Er hat die ganz dieselbe Wirkung für den Arbeiter, Handwerker, Beamten usw. wie eine Lohnerhöhung. Diesen wichtigen Moment können wir unseren Lesern nicht eindringlich genug ans Herz legen.“

1865 – Die Beamten-Relikten-Anstalt wird zunächst als Militärspital benutzt

Bogenhausen * Nach der Fertigstellung des Beamten-Relikten-Anstalt in Bogenhausen wird es wegen der stattfindenden Kriege zunächst als Militärspital benutzt.

1865 – Militärspital in der Beamten-Relikten-Anstalt

Bogenhausen * Die im neugotischen Stil errichtete Beamten-Relikten-Anstalt ist fertiggestellt, kann aber erst 1871 seinem vorgesehenen Zweck zugeführt werden, da es nach seiner Fertigstellung - wegen der Kriege - zunächst als Militärspital benutzt wird.

1871 – Die Beamten-Relikten-Anstalt bietet Platz für rund 100 Frauen

Bogenhausen * Die Beamten-Relikten-Anstalt wird seinem Zweck zugeführt. Die von der Bevölkerung „Drachenburg“ genannte Einrichtung bietet Platz für rund 100 Frauen.

1. Januar 1872 – Der Liter ersetzt die bayerische Mass



Königreich Bayern * Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte im Deutschen Reich tritt in Bayern in Kraft. Grundlage ist die bereits am 29. April 1869 beschlossene bayerische Maß- und Gewichtsordnung. Das metrische System mit Meter, Kilogramm und Liter ersetzt die bisherigen Landesmaße. Davon ist auch der Bierausschank betroffen. Die traditionelle bayerische Mass fasst 1.069 Kubikzentimeter beziehungsweise 1,069 Liter. Der neue Liter enthält dagegen nur 1.000 Kubikzentimeter. Die ausgeschenkte Menge verringert sich somit um 69 Milliliter oder rund 6,5 Prozent. Viele Bayern bezeichnen die neue Einheit spöttisch als „Preußenmass“. Der Unmut richtet sich vor allem dagegen, dass die Biermenge schrumpft, der Preis aber nicht entsprechend sinkt. Teilweise verlangen die Wirte sogar sieben Kreuzer je Liter, nachdem die größere bayerische Maß zuvor sechseinhalb Kreuzer gekostet hat. Die Verbraucher erhalten damit weniger Bier und müssen zugleich mehr bezahlen. Auch die vorhandenen Masskrüge müssen an die neue Einheit angepasst werden. Eichbeamte ermitteln den Füllstand von genau einem Liter im Inneren des Kruges und übertragen ihn mithilfe eines besonderen Messwerkzeugs auf die Außenwand. Dort bringen sie einen neuen, tiefer liegenden Eichstrich an. Die Kosten dieser Nacheichung entsprechen ungefähr dem Preis einer halben Maß Bier und müssen von den Besitzern der Krüge getragen werden. Neu hergestellte Krüge erhalten den Literfüllstand bereits während der Fertigung. Die alte Bezeichnung verschwindet dennoch nicht: Im alltäglichen Sprachgebrauch heißt auch der Einliterkrug weiterhin „Mass“. Aus einer historischen Maßeinheit wird damit die bis heute gebräuchliche Bezeichnung für einen Liter Bier.

2. September 1873 – Der „Sedantag“ wird als patriotischer Feiertag begangen

Deutsches Reich * Im Deutschen Kaiserreich wird am 2. September der „Sedantag“ als patriotischer Feiertag an Stelle eines noch nicht existierenden Nationalfeiertages gefeiert. Es ist vor allem ein Feiertag des kaisertreuen Bürgertums, des Adels sowie des Militärs, der preußischen Beamtenschaft und der ländlichen Bevölkerung gewesen, nicht oder nur kaum einer der Arbeiterschaft.

28. März 1884 – Carl Peters gründet die Gesellschaft für deutsche Kolonisation

Berlin * Carl Peters gründet die Gesellschaft für deutsche Kolonisation, in der überwiegend kleine Gewerbetreibende, Offiziere und Beamte sowie kleinere und mittlere Kaufleute vertreten sind. Während der Deutsche Kolonialverein das gehobene Besitz- und Bildungsbürgertum repräsentiert, ist die Gesellschaft eher nationalistisch-rassistisch geprägt und steht in harter Konkurrenz zum Deutschen Kolonialverein.



1885 – Ludwig Peter Klug übernimmt die Leitung des kgl. Hofsekretariats

München * Ludwig Peter Klug wird mit der Leitung des kgl. Hofsekretariats betraut. Damit gehört er zur unmittelbaren Umgebung des Märchenkönigs Ludwig II.. Klug muss den Schuldenstand des Königs feststellen und in dessen Auftrag mit den Gläubigern verhandeln, um befriedigende Arrangements zu treffen. Seine einflussreiche Position kann der Beamte über die sogenannte Thronkrise retten.

1895 – Essayist Alfred Polgar zur Musterung

??? * Der österreichische Essayist Alfred Polgar zeichnete das Bild von den Musterungsärzten als Bluthunde, die dem Sterben auf den Schlachtfeldern den Nachschub „apportiert“ haben: So beschreibt er in seinem Aufsatz „Der Teisinger“ den Rekrutierungsbeamten Teisinger als einen Menschenjäger, einen „stumpfen, urteilslosen, fleißigen Gehilfen in der Großmetzgerei des Krieges“, der - begleitet von einem Militärarzt als seinem „gut abgerichteten Jagdhund“ - auf die „Pirsch“ nach Opfern geht, die er als menschlichen Nachschub in den Schlund des Krieges geworfen hat. Alfred Polgar zur Musterung

25. April 1899 – Die Fußball-Abteilung des TSV 1860 München wird gegründet

München-Isarvorstadt * Die Fußball-Abteilung des TSV 1860 München wird gegründet, was fast einer revolutionären Tat gleichkommt. Doch die Gruppe derer, die hinter dem Fußball herläuft, wird immer größer. Ist schon die Gründung einer Fußball-Abteilung innerhalb eines Turnvereins nicht gerade einfach, so stellt die Suche nach einem geeigneten Spiel- und Trainingsplatz ein weiteres Problem dar. Zur Abhaltung eines geregelten Übungs- und Wettkampfbetriebs braucht ein solcher Verein nicht nur eine beliebige freie Wiese, sondern einen gut planierten und gepflegten Rasen mit einem deutlich erkennbar abgegrenzten Spielfeld. Die Vereine wenden sich deshalb an den Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt München mit der Bitte um Mitbenutzung der bereits vorhandenen und nach den oben genannten Kriterien angelegten Jugendturnspielplätzen. Der Turnverein München von 1860 stellte den Antrag auf Mitbenutzung des nahe dem Vereinsheim an der Auenstraße gelegenen Jugendturnspielplatzes an der Schyrenwiese und kann daraufhin auf dem Schyrenplatz - allerdings unter strengsten Auflagen - üben und Wettkämpfe veranstalten. So darf der Platz nur im Sommerhalbjahr bespielt werden, an Regentagen oder bei noch nicht abgetrockneten beziehungsweise durchweichtem Boden jedoch nicht. Jährlich - bis Mitte April - hat der Verein ein Gesuch einzureichen, in dem er seine Wünsche angibt, an welchem Tag und zu welcher Stunde er



welchen Platz benutzen will. Dabei muss der Sportclub auf die Belegung durch die Schulgruppen Rücksicht nehmen. Nach jeder Benutzung kommt ein Inspektor vorbei, um den Rasen abzunehmen. Dabei kommt es öfter zu Schwierigkeiten, denn dem städtischen Beamten ist „ein geknickter Grashalm fast zu viel“, beschwert sich der FC Bayern, der seinen ersten Übungsplatz ebenfalls auf der Schyrenwiese hat, in einer frühen Festschrift. Die Fußballer des Turnvereins München von 1860 trainieren scheinbar lange Zeit und mit großer Ausdauer nur für sich alleine. Bis zum Frühjahr 1908 spielen die Fußballer in den 1860-Vereinsfarben grün-gold.

15. April 1900 – Kaiserwitwe Cixi und die „Boxer“ als Verbündete gegen die Ausländer

Shandong - China * Die „Boxer“ werden offiziell verboten. Da sich jedoch reguläre kaiserliche Truppen mit ihnen verbünden, lässt sich das Verbot nicht durchsetzen. Nun ändert die Kaiserinwitwe Cixi und ein Teil der hohen Beamenschaft erneut ihre Meinung und beginnen, in den „Boxern“ Verbündete gegen die Ausländer zu sehen.

Juli 1900 – Gegen die Abschaffung der Prügelstrafe

Windhuk * Die Bürger von Windhuk wehren sich gegen die Abschaffung der Prügelstrafe mit folgender Begründung: „Für Milde und Nachsicht hat der Eingeborene auf die Dauer kein Verständnis: er sieht nur Schwäche darin und wird infolgedessen anmaßend und frech gegen den Weißen, dem er doch nun einmal gehorchen lernen muss, denn er steht geistig und moralisch doch so tief unter ihm“. Oftmals mit Lattenstöcken und Rhinozerospeitschen wurden die häufig nackt über ein Bierfass gebundenen Opfer so lange misshandelt, bis sie schwerste Verletzungen davontrugen. Der Kolonialbeamte Wilhelm Vallentin fasste seinen Eindruck in die Worte: „Ein rohes, gehacktes Beefsteak ist nichts dagegen!“.

1904 – Das Ausflugslokal Tivoli wird als „Ort der Mode“ beschrieben

München-Englischer Garten - Tivoli * Das am Ostrand des Englischen Garten gelegene Ausflugslokal Tivoli wird als „Ort der Mode“ beschrieben. „An schönen Sommerabenden war es mit zahlreichen Menschen angefüllt, die besonders dem Tanzvergnügen huldigten. An Werktagen fanden sich bis in unsere Zeit noch Beamte aus den höchsten Kreisen dort ein“.



23. Juli 1914 – Österreich-Ungarn setzt Serbien ein 48-stündiges Ultimatum

Berlin * Da man in Berlin befürchtet, dass Österreich-Ungarn an Geltung verlieren könnte, wenn es sich nicht gegen diesen Affront wehren würde, stellte die k.u.k.-Regierung dem Königreich Serbien ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum, in dem sie die Belgrader Regierung auffordert, einer österreichischen Kommission zu gestatten, auf serbischem Gebiet die Umstände des Attentats von Sarajevo zu untersuchen. Außerdem soll sich Serbien verpflichten, alle an der Mitwirkung an dem Attentat verdächtigten serbischen Beamten und Offiziere zu entlassen.

Dezember 1915 – Mata Hari wird erstmals von den Briten festgehalten

Folkstone * „Mata Hari“ wird erstmals von den Briten festgehalten, als sie sich in Folkestone in Südengland nach Frankreich einschiffen will. Bei den britischen Beamten hinterlässt sie einen „ungünstigen Eindruck“. Man traut dieser „schönen, verwegenen und modisch gekleideten“ Frau prinzipiell alles zu, weshalb sie der „Geheimdienst“ im Auge behält.

19. Oktober 1917 – Der Bayerische Beamten- und Lehrerbund wird gegründet

München * Der Bayerische Beamten- und Lehrerbund wird gegründet. Sein Zweck wird in der Satzung festgesetzt: „Die Förderung der rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten der öffentlichen Beamten und Lehrer Bayerns.“

26. Oktober 1917 – „Ein nach außen nicht unbedenkliches Vorgehen“

München * Finanzminister Georg Ritter von Breunig gibt die erste Stellungnahme der Regierung zur Gründung des Bayerischen Beamten- und Lehrerbundes vor der Abgeordnetenversammlung ab. Er nennt sie „eine Erscheinung, die zu unserer Väter Zeiten für unmöglich erachtet worden wäre“. In Hinblick auf die Kriegssituation bezeichnet er dies als „ein nach außen nicht unbedenkliches Vorgehen“.

27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die



Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

26. Februar 1918 – Mit den Forderungen des Beamten- und Lehrerbundes beschäftigt

München * Der Ministerrat beschäftigt sich mit den Forderungen des Beamten- und Lehrerbundes.

5. Oktober 1918 – Beamte fordern eine gründliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation

München - Königreich Bayern * Von den Bayerischen Verkehrsblättern, dem Organ des Bayerischen Beamten- und Lehrerbundes, wird eine gründliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Beamten als Voraussetzung zum „Durchhalten- und Aushalten-Können“ gefordert. Das Blatt warnt: „Kommt diese innere Front, durch Mangel an Erhaltungsmöglichkeiten, zum Wanken, dann wird aus der wirtschaftlichen Krisis der Beamten auch eine Krisis - des Staates.“

15. Oktober 1918 – Die Liberale Fraktion stellt ihre Forderungen vor

München * Die Liberale Fraktion der Bayerischen Abgeordnetenkammer fordert die Abschaffung des bisherigen Beamtenministeriums, die Bildung einer Volksregierung auf parlamentarischer Grundlage unter Beschränkung der königlichen Gewalt und Beiziehung der Sozialdemokraten. Die sofortige Beschlussfassung über die nötigen verfassungsrechtlichen Umgestaltungen und Verwaltungsreformen, insbesondere auch die Einführung des Verhältniswahlrechts.



16. Oktober 1918 – Keine Hindernisse für eine fortschrittliche bayerische Verfassung

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Otto von Dandl legt in der Abgeordnetenversammlung in seiner Programmrede dar, dass die Regierung und der König einer fortschrittlichen Entwicklung der bayerischen Verfassung keine Hindernisse in den Weg legen wollen. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Heinrich Held, unterstützt die Reformen, wenn sie die Monarchie erhalten und stärken. Auf die Anliegen der Beamtenschaft vom 5. Oktober geht der Ministerpräsident mit keinem Wort ein.

31. Oktober 1918 – Keiner will dem Kaiser die Abdankungs-Nachricht überbringen

Berlin * Statt endlich den Pflichten seines Amtes als Reichskanzler nachzukommen und den Kaiser über den Ernst der Lage genau und umfassend zu informieren, versucht Prinz Max von Baden diese Aufgabe zu delegieren. Er selbst will es dem Kaiser keinesfalls sagen, da er sich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht dazu berufen fühlt. Viel lieber möchte der Reichskanzler dazu Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gemeinsam mit Hugo Graf von Lerchenfeld, der mit einem Mandat des bayerischen Königs Ludwig III. ausgestattet werden soll, in das OHL-Hauptquartier nach Spa zu Kaiser Wilhelm II. schicken. Doch sowohl der Großherzog als auch der bayerische Gesandte am Kaiserhof erteilen dem Reichskanzler eine Abfuhr. Bei Großherzog Ernst Ludwig sind es nicht überlieferte persönliche Gründe. Graf Lerchenfeld wird dagegen vom Ministerpräsident Otto von Dandl zurückgepfiffen, weil „Rücksichten auf monarchische Empfindungen“ gegen diese Aktion sprechen und es im Falle einer Ablehnung des königlichen Rates zu „bedenklichen Folgen“ für die künftigen Beziehungen der beiden Länder kommen könnte. Im Übrigen ist aus bayerischer Sicht allein der Reichskanzler zu dieser Aufgabe berufen und sogar verpflichtet, „die Initiative zu ergreifen“. Reichskanzler Max von Baden nimmt daraufhin den preußischen Innenminister Bill Drews in die Pflicht als Beamter und schickt ihn als Vorbote nach Spa. Auch Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Friedrich Karl von Hessen-Kassel lassen den Reichskanzler im Regen stehen, sodass das ganze Unternehmen kläglich scheitern wird.

1. November 1918 – Der Kaiser kanzelt Innenminister Bill Drews ab

Spa * Zwischen 14 und 16 Uhr findet das Gespräch zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem preußischen Innenminister Bill Drews statt. Reichskanzler Max von Baden hat den Innenminister zu diesem Gespräch verpflichtet. Die zur weiteren Unterstützung avisierten Hochadeligen haben alle ihre Teilnahme abgesagt. Aus einer Niederschrift vom 3. November geht hervor, dass der



Kaiser den „preußischen Beamten und Untertan“ ziemlich abgekanzelt hat. „Wie denken Sie sich die Sache, was wird? Meine Söhne haben mir in die Hand versprochen, dass keiner von ihnen meine Stelle annimmt. Also mit mir tritt das ganze Haus Hohenzollern zurück.“

2. November 1918 – Der Auftakt der Revolution

München * Auf einer vom Liberalen Verein Frei München veranstalteten Volksversammlung ruft Kurt Eisner: „Es kommt nicht zur Reichstagswahl, vor dem 17. November kommt die Revolution.“ Der „struppige Prophet“ wird zwar wegen seines Aussehens belächelt, trotzdem gilt diese Versammlung als der Auftakt der Revolution. Kurt Eisner hat bereits vor seiner Haftentlassung die Strategie der Obersten Heeresleitung - OHL durchschaut, die mit der vorgeschobenen Parlamentarisierung lediglich die Verantwortung für den Ausgang des Krieges und den ungünstigen Friedensschluss auf das Parlament abwälzen wollte. Aus Eisners Sicht sollte nicht nur das verhasste System restlos verschwinden, sondern gleichzeitig mit ihm auch seine Repräsentanten. Gemeint sind jene, die für das vier Jahre dauernde sinnlose Morden die Verantwortung trugen. Schließlich befand sich die Mehrheit der führenden Militärs und Spitzenbeamten in Reich und Länder ebenso in Amt und Würden wie der deutsche Kaiser und die Landesfürsten. Sie aber waren die Symbole einer expansiven Außen- und einer undemokratischen Innenpolitik.

7. November 1918 – Soldaten sprechen den Arbeitern Mut zu

München * Polizeibeamte in Zivil, die die Stimmung in der Stadt beobachten sollen, melden schon am Vormittag, dass Truppenteile, besonders Mannschaften an den Maschinengewehren, „unzuverlässig“ sein sollen. Vorübergehenden Arbeitern rufen die Soldaten zu, sie sollen ohne Sorge sein, da sie Schießbefehle verweigern würden.

7. November 1918 – Die Beamten haben dem Volkswohl zu dienen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Verkehrsbeamtenverein schreibt in Hinblick auf die Kieler Matrosenaufstände und der Anspielung des Bayerischen Kuriers auf die Beamten vom Vortag: „Die Beamten haben unbekümmert um die politischen Vorgänge dem Volkswohl zu dienen; sie haben durch rastlose, ununterbrochene Arbeit Handel und Wandel aufrechtzuerhalten und insbesondere alles zu vermeiden, was einer regelmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennmaterial usw. hinderlich wäre. Die Wandlung, die sich im Staate vollzieht,



muss der Beamte über sich ergehen lassen. Nur dann dient er seinem Volke. Der werdende Volksstaat braucht unbeeinflusste Diener und die wird er in der derzeitigen Beamtenschaft finden“.

7. November 1918 – Geinsames Flugblatt zum Umsturz entworfen

München * Vertreter der Interessengemeinschaft des Bayerischen Verkehrsbeamtenvereins, des Bayerischen Eisenbahnerverbandes und des Verbandes des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals entwerfen ein gemeinsames Flugblatt, das zu einem möglichen Umsturz Stellung nehmen soll.

8. November 1918 – Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals

München * Auf Initiative des Verkehrsbeamtenvereins bildet sich am Vormittag ein Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals. Neben den Mitgliedern der Interessengemeinschaft treten der Bayerische Lokführerverein und der Christliche Verkehrs- und Transportarbeiterverband ein. Denn um sich die entsprechende Geltung gegenüber den neuen Regierungsgewalten zu verschaffen, so die Überzeugung, ist ein geschlossenes Vorgehen Voraussetzung.

8. November 1918 – Auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung rechnend

München - Freistaat Bayern * In dem von Kurt Eisner verfassten „Aufruf an die Bevölkerung Münchens“ heißt es: Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

8. November 1918 – Die freudige, vielleicht erlösten Mitwirkung der Beamten erwartet

München-Kreuzviertel * Als Kurt Eisner am Nachmittag dem Provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern sein Kabinett zur Wahl vorschlägt, begründet er die Beibehaltung der bisherigen Ministerialeinteilung damit, dass man es den Beamten nicht erschweren will, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Er rechnet mit der „freudigen, vielleicht erlösten Mitwirkung“ der Beamten und stellt ihnen mit der Demokratie ein Los in Aussicht, das ganz



anders sein wird als ihr bisheriges.

8. November 1918 – Erste Erfolge bei der Beamtenschaft

München - Freistaat Bayern * Die Gespräche und ersten Kontakte Kurt Eisners mit den Vertretern der organisierten Beamtenschaft und die Aufforderung zur Mitarbeit zeigen Erfolge. Der Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals richtete an das gesamte Verkehrspersonal einen Aufruf, in dem es aufgefordert wird, „den für die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere für die Lebensmittelversorgung, wichtigen Verkehrsdienst nach wie vor gewissenhaft auszuführen.“

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird



verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

9. November 1918 – Amtsübergabe an die neuen Minister

München - Freistaat Bayern * Die alten monarchischen Minister weisen die Neuen in ihre Ämter ein. Anschließend erklären sich die Ministerialbeamten zur Weiterarbeit mit den neuen Ministern bereit.

9. November 1918 – Die Gemeindebeamten stellen ihre Forderungen

München * Vertreter des Zentralverbandes der Gemeindebeamten verhandeln mit Innenminister Erhard Auer und fordern: die Aufrechterhaltung der Beamtenrechte, den Schutz vor Übergriffen, ein neues Beamtenrecht, die Errichtung von Beamtenausschüssen, die Heranziehung der Organisation bei der Regelung der Belange der Beamten.

10. November 1918 – Die Suche nach dem geflüchteten König

München - Schloss Wildenwart * Ex-Ministerpräsident Otto von Dandl verlässt gemeinsam mit dem Ex-Staatsrat für militärische Angelegenheiten, Maximilian von Speidel, und einer vierköpfigen Eskorte der Revolutionsregierung die Landeshauptstadt. Sie sollen mit dem abgesetzten König Ludwig III. über die Lösung des Beamten- und Offiziersdienstes verhandeln. In der vorbereiteten Erklärung, die der König unterschreiben soll, heißt es: „Die neuen Zeiten veranlassen mich, für meine Person und alle Familienmitglieder des Hauses Wittelsbach dem Throne und allen dynastischen Ansprüchen zu entsagen. Ich verpflichte mich, in meinem und meiner Familie Namen, nichts zu unternehmen, was die friedliche und gedeihliche Entwicklung des jungen Volksstaates stören könnte.“ Die Delegation trifft den Ex-König aber



nicht mehr an, da er Schloss Wildenwart bereits in Richtung Anif bei Salzburg verlassen hat.

10. November 1918 – Kein Eid vor der Entbindung vom Treueid auf den König

München * Der Vorstand des Bayerischen Beamten- und Lehrerverbandes beschäftigt sich mit der Frage der Vereidigung. Ohne zu übersehen, welche Folgen eine Verweigerung der Eidesleistung nach sich ziehen würde, beschließt man einstimmig, „vor einer Entbindung vom Treueid durch den König keinen Eid zu leisten“. Gleichwohl gibt man der Bereitschaft zum Wohle des Vaterlandes zu arbeiten Ausdruck.

10. November 1918 – Die Beamtenorganisationen fordern das Recht auf Mitbestimmung

München - Freistaat Bayern * Die Beamtenorganisationen dringen unmittelbar nach der Revolution darauf, ihre schon lange vertretene Forderung nach Mitbestimmung der Beamtenschaft zu verwirklichen. Vom neuen Volksstaat, der allen seinen Bürgern das „Recht auf Mitwirkung“ zugestehen will, erwartet man wie selbstverständlich, dass auch den Beamten ein weitgehendes „Recht auf Mitbestimmung“ zugestanden wird.

10. November 1918 – Großveranstaltung der Beamten im Bavariakeller

München-Ludwigsvorstadt * 15.000 bis 18.000 folgen der Einladung des Ausschusses der Vereinigten Verkehrsverbände zur Kundgebung in den Münchner Bavariakeller. Dieser kann die Massen nicht aufnehmen, sodass gleichzeitig drei Kundgebungen abgehalten werden müssen: Eine im Bavariakeller, zwei im anschließenden Garten. Dem Forderungskatalog voraus steht das Bekenntnis: „Die bayerischen Verkehrsangehörigen fügen sich der bestehenden Regierungsgewalt ein. Sie betrachten das Volkswohl als ihr oberstes Gesetz und geloben, ihm ihre volle Kraft zu widmen“. Gefordert wird: „Bildung eines Rates der Verkehrsangehörigen durch die Vereinigten Verbände, der dem Verkehrsministerium beizuordnen ist, Besetzung der oberen leitenden Beamtenstellen der Verkehrsverwaltung nur im Einvernehmen und mit Zustimmung dieses Rates, alle sozialen und volkswirtschaftlichen für das Personal sind nur gemeinsam mit dem Rate zu treffen, sofortige Aufnahme von Vertrauensmännern des Personals in den Arbeiter- und Soldatenrat, achtstündiger Arbeitstag und sechstägige Arbeitswoche.“ Die Entschließung wird sofort dem Arbeiter- und Soldatenrat zugeleitet.



12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

12. November 1918 – Preußens Regierung will Ordnung und Sicherheit

Berlin * Die preußische Regierung fordert die Beamten und Behörden auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen und so zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit beizutragen.

12. November 1918 – Die Hofbeamten sollen in den Staatsdienst übernommen werden

München-Kreuzviertel * In einer Versammlung werden die Hofbeamten zum Übertritt in den Staatsdienst aufgefordert. Die Entbindung der Beamten von ihrem Treueid durch Ex-König Ludwig III. am 13. November 1918 macht den Weg für die Übernahme frei. Ansonsten hätten mit der Einstellung der Zahlung an die Zivilliste die Gehälter des Hofes nicht mehr bezahlt werden können.

13. November 1918 – Ludwig III. dankt als bayerischer König ab

Anif * König Ludwig III. dankt mit den Worten ab: Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk für



das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayerns war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueeides. Anif den 13. November 1918. Ludwig. Das ist zwar nicht die vom Ministerrat des Volksstaates Bayern gewünschte „bedingungslose Abdankung“. Dennoch wird von Ludwig III. weder der Anspruch seines Hauses auf die Krone aufrecht erhalten, noch die Beibehaltung der monarchischen Staatsform reklamiert.

14. November 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner will ein neues Beamtenrecht

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner fordert die Schaffung eines neuen Beamtenrechts und macht sich für die Möglichkeit der Entlassung unfähiger und unwilliger Beamter stark.

14. November 1918 – Die Regierung entgegnet Gerüchten

München - Freistaat Bayern * In einem Plakat wird von der bayerischen Regierung Gerüchten entgegengetreten, wonach Bank- und Sparkassenkonten beschlagnahmt werden sollten. Auch die Gehaltsansprüche der im öffentlichen Dienst beschäftigten und die Pensionen der Beamten bleiben unberührt.

14. November 1918 – Wie passen Beamtentum und Volksstaat zusammen ?

München - Freistaat Bayern * Der vom Ministerialrat im Staatsministerium des Innern, Dr. Franz Xaver Schwyer, verfasste Leitartikel der Bayerischen Staatszeitung beschäftigt sich mit der Frage „Beamtentum und Volksstaat“. Dr. Schwyer schreibt: „Während der einfache Staatsbürger seine Stellung zu der neuen Regierung sich einstweilen vorbehalten und die Entwicklung der Dinge abwarten kann, war der Beamte, vor allem der Staatsbeamte, in die bittere Notwendigkeit versetzt, binnen weniger Stunden sich zu entscheiden, ob er der neuen Regierung seine Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und seine Amtsgeschäfte fortführen kann und darf oder ob er, ohne Rücksicht auf weitgehende wirtschaftliche Folgen für sich und seine Familie seine Tätigkeit einstellen soll.“



14. November 1918 – Die Hofbeamten werden Staatsbeamte

München-Kreuzviertel * Die Hofbeamten werden in das Finanzministerium übernommen.

14. November 1918 – Die Bayerische Mittelpartei wird in Nürnberg gegründet

Nürnberg * In Nürnberg wird die Bayerische Mittelpartei - BMP gegründet. Die Anhängerschaft der Partei rekrutiert sich aus protestantischen Kreisen des Bildungsbürgertums und der Beamenschaft sowie des protestantischen fränkischen Mittelstands, des Kleinbauerntums und der Deutschnationalen. Sie lehnt - wie die Deutschnationale Volkspartei - DNVP, die sie sich im März 1920 als bayerischer Landesverband anschließen wird, - die Staatsform der Republik ab.

15. November 1918 – Die Einführung von Angestelltenräten gefordert

München - Freistaat Bayern * Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals und der Bayerische Beamten- und Lehrerbund fordern von der Regierung, dass bei allen Ministerien Angestelltenbeiräte errichtet werden.

15. November 1918 – Dr. Fritz Gerlich will Eisner-Protegés verhindern

München * Dr. Fritz Gerlich gründet den Verband der Beamten der wissenschaftlichen Anstalten und Kunstsammlungen Bayerns. Er will damit das Eindringen von Eisner-Protegés verhindern.

16. November 1918 – König Wilhelm II. von Württemberg entbindet die Beamten vom Treueid

Stuttgart * Der Kabinettschef der königlichen Regierung entbindet im Auftrag König Wilhelm II. mit einem Schreiben an die provisorische Regierung alle Staatsdiener von ihrem Diensteid gegenüber dem König.

20. November 1918 – Kurt Eisners Vorschlag für die Räte-Richtlinie

München * Zwei Tage nach Innenminister Erhard Auer legt auch Ministerpräsident Kurt Eisner seinen Entwurf für die Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte vor. Im Entwurf des



USPD-Politikers Eisner nehmen die Arbeiterräte - zumindest für eine Übergangszeit - eine zentrale Position im neugegründeten Staat ein. Gemeinsam mit den Soldaten- und Bauernräten sollen sie bis zur endgültige Regelung durch die zu wählende Nationalversammlung die „revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“. Eisner und die USPD wollen die Räte und das Parlament als gleichberechtigte Partner in einem demokratischen System. Sie dienen der politischen Willens- und Bewusstseinsbildung und schaffen die Voraussetzungen für die Tätigkeit des Parlaments: „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden; daraus dann sollen die Persönlichkeiten emporsteigen zu politischer und wirtschaftlicher Arbeit. [...] Die Räte sind die Grundmauer der Demokratie, die Nationalversammlung, der Landtag ist die Krönung des Gebäudes. Aber diese Krone würde genauso zusammen stürzen wie die monarchistischen Kronen, wenn sie sich nicht stützen auf die Kraft und den Willen jener Arbeiterräte.“ Die Arbeiterräte sollen „die Massen des Proletariats unmittelbar zur politischen Mitarbeit heranziehen“ und so dazu beitragen, dass „der neue demokratische und sozialistische Geist in Staat und Gesellschaft so tief Wurzeln fasst, dass die kommenden Wahlen die provisorische Ordnung der Dinge bestätigen und befestigen werden“. Im Falle, die Zentralregierung würde den Revolutionszustand ausrufen, sollten die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte umgehend alle notwendigen Maßnahmen einleiten, die zur Erhaltung und Sicherung der revolutionären Regierung erforderlich wären. Der Entwurf Kurt Eisners sieht für die Räte großzügige Kompetenzzuweisungen vor. Von Kontroll-, Vorschlags-, Beratungs- und Auskunftsrechten bis hin zur Fragen der Entlassung und Einstellung von Beamten.

23. November 1918 – Kurt Eisner sucht Beweise für die deutsche Kriegsschuld

München - Berlin * Kurt Eisner und Felix Fechenbach reisen bereits zwei Tage vor der Ministerpräsidenten-Konferenz am 25. November mit dem Zug nach Berlin, um dort Aktenstudium zu Fragen der deutschen Kriegsschuld zu betreiben. In seinem Gepäck befindet sich eine Mappe mit offiziellen Dokumenten, den Berichten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin während der Monate Juli und August 1914. Nach Durchsicht der ihm zugänglichen diplomatischen Unterlagen glaubt Eisner die Beweise gefunden zu haben, dass die deutsche Regierung Österreich geradezu in den Krieg gegen Serbien hinein getrieben hat. Und zwar in der Absicht, einen europäischen Krieg zu entfachen. Außerdem geht daraus beispielsweise hervor, dass deutsche und bayerische Beamte nach dem Attentat von Sarajevo bestens informiert waren, aber Ende Juli 1914 nichts gegen „Wiens gefährliches Spiel“ unternommen haben.

28. November 1918 – Kaiser Wilhelm II. dankt ab



Amirong * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet seine Abdankungsurkunde. „Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen. Urkundlich unter unser höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrücktem kaiserlichen Insiegel. Gegeben Amirong, den 28. November 1918. gez. Wilhelm“

18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

21. Januar 1919 – Diskussion zur wirksamen Weiterführung des Rätessystems



München * In der Plenarsitzung der bayerischen Räte geht es um die wirksame Weiterführung des Räteystems. Es werden zwei Richtungen diskutiert: Entweder treten die Räte an die Stelle der Beamtenschaft oder sie bilden eine souveräne gesetzgebende Körperschaft, die über die Natur der Gesetze zu entscheiden hat. Die Billigung der Gesetze durch den Landtag ist dann nur noch eine Formalie. Beide Fälle gehen von der Voraussetzung aus, dass die Räte das beherrschende Element im Aufbau der Staatsregierung sind.

6. Februar 1919 – Vereinigung Sozialdemokratischer Beamter in München gegründet

München * Die Vereinigung Sozialdemokratischer Beamter in München wird gegründet.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flügen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...]“. Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der



durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Freiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er



hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen konnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

3. März 1919 – In Berlin werden Polizeireviere gestürmt



Berlin * In Berlin werden Polizeireviere gestürmt und über 1.000 Gewehre und Maschinengewehre erbeutet. Fünf Polizeibeamte kommen ums Leben.

9. März 1919 – Ein angeblicher Massenmord der Spartakisten

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro meldet einen „gemeinen Massen- und Meuchelmord“ an sechzig Polizeibeamten und einigen Dutzend Regierungssoldaten, die von Spartakisten „wie Tiere abgeschlachtet“ worden sind. Der Mord an den „wehrlosen Gefangenen“ wird sofort und ungeprüft von den seriösen bürgerlichen Zeitungen übernommen. Der sogenannte „Lichtenberger Gefangenenmord“ ist sofort in aller Munde.

11. März 1919 – Hinweise für die Räte

München - Freistaat Bayern * Der Zentralrat gibt ein Schreiben an die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte heraus, in dem diese aufgefordert werden, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Lebensmitteln nur mit Hinzuziehung der Polizeibehörden durchzuführen. Beamtenabsetzungen durch örtliche Räte sind nicht erlaubt. Es müsse erst ein Antrag auf Entlassung an den Zentralrat gerichtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass „Missgriffe der Räte [...] die schlimmsten Feinde des Rätegedankens“ sind.

13. März 1919 – Der Lichtenberger Gefangenenmord war eine Falschmeldung

Berlin * Die Vossische Zeitung teilt ihren Lesern mit, dass „sich alle Nachrichten über die Massenerschießungen von Schutzleuten und Kriminalbeamten als unwahr erwiesen haben“.

1. April 1919 – Die Straßenbahn-Schaffnerinnen werden wieder ausgestellt

München * Die Straßenbahn-Schaffnerinnen werden wieder ausgestellt, da die vom Heeresdienst entlassenen Fahrbeamten zurückgekehrt sind.

4. April 1919 – Die Kommunisten lehnen die Räterepublik ab



München * In einer Vertreterversammlung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Ausschüsse fordert Gustav Klingelhöfer die Proklamation der Räterepublik.

Eugen Leviné und Max Levien sprechen sich als Führer der kommunistischen Partei gegen die Räterepublik aus, obwohl sie diese bisher lautstark propagiert haben;

6. April 1919 – Der Zentralrat informiert alle Behörden über die Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Bereits vor der Ausrufung der Räterepublik Bayern informiert der Zentralrat alle bayerischen Behörden über die bevorstehenden Maßnahmen telegraphisch und fordert die Beamten zur Mitarbeit auf;

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Baierns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Baiern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Baiern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der baierische Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Baierische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in



Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Baierische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!“

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

9. April 1919 – Außenminister Dr. Franz Lipp unterschreibt seinen Rücktritt

München * Das Telegraphenamt leitet Dr. Franz Lipps Telegramme vom 7. und 8. April zwar



weiter, doch die Kontrollbeamten informieren den Revolutionären Zentralrat vom Inhalt der Schreiben. Die von Ernst Toller umgehend eingeleiteten Nachforschungen ergeben, dass sich Lipp schon mehrmals in psychiatrischer Behandlung befunden hatte. Toller schreibt: „Zweifelloos, Lipp ist wahnsinnig geworden. Wir beschließen, ihn sofort in eine Heilanstalt zu überführen. Um Aufsehen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, muss er freiwillig seinen Rücktritt erklären.“ Dr. Lipp wird seinen Rücktritt mit den Worten: „Was tue ich nicht für die Revolution“ unterschreiben. Damit ist die Fehlbesetzung mit dem psychisch kranken Außenminister, der den Anforderungen an sein Amt nicht gewachsen ist, schnell erledigt worden. Dennoch wird sich der Fehlgriff bei der Besetzung des Postens als schwerer Schlag für das Ansehen der Räterepublik erweisen.

11. April 1919 – Entwaffnung der Bourgeoisie angeordnet

München * Um 19 Uhr ordnet der Revolutionäre Zentralrat (Ernst Toller) die Entwaffnung der Bourgeoisie an. Die bürgerliche Bevölkerung muss innerhalb von 24 Stunden die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern. Toller veranlasst auch die Entwaffnung der Polizei. Er befürchtet, dass die Beamten, die bereits im Königreich ihren Dienst verrichtet haben, sich bei einer Gegenrevolution auf die Seite der Putschisten stellen werden.

2. Mai 1919 – Im Polizeipräsidium beginnen die Aufräumarbeiten

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium an der Ettstraße beginnen die Aufräumarbeiten. Es dauert Wochen, bis die 800.000 zum Teil verbrannten Akten von den Beamten auf verwendbare Schriftstücke hin sortiert sind.

28. Mai 1919 – Dem Landtag wird ein Verfassungsentwurf vorgelegt

Bamberg * Dem in Bamberg tagenden Landtag wird der Entwurf einer Verfassung vorgelegt. Er basiert auf einem noch unter Kurt Eisner in Auftrag gegebenen Entwurf, der vom Staatsrechtler Robert Piloty, Ministerialrat Josef von Graßmann und drei weiteren hochrangigen Ministerialbeamten des Außen- und Finanzressorts erarbeitet worden ist.

14. August 1919 – Die bayerischen Volksschullehrer werden Staatsbeamte

München - Freistaat Bayern * Mit dem neuen Volksschullehrergesetz werden die bayerischen



Volksschullehrer Beamte des Staates. Damit wird eine seit Jahrzehnten von den Lehrern erhobene Forderung erfüllt.

5. November 1921 – Trauerzeremonie für das Königspaar

München * Von der Ludwigskirche aus führt der Weg des Trauerzugs für das tote Ex-Königspaar - über den Karolinenplatz und Königsplatz - zur Frauenkirche. Am Trauerzug beteiligen sich 40.000 Personen, darunter eine große Anzahl staatlicher Beamte und Angestellte, die eigens aus den acht Regierungsbezirken herangekarrt worden sind. Der Trauerzug vermittelt den Eindruck, als wären die alten Zeiten wieder zurückgekehrt und als hätte sich seit der Thronbesteigung Ludwigs III. im Jahr 1912 nichts entscheidendes geändert. Der Prunk-Leichenwagen des Ex-Königs und der Wagen mit dem Sarg der Ex-Königin werden jeweils von sechs Pferden gezogen, die mit schwarzen, mit Kronen geschmückten Schabracken bedeckt sind. Zehntausende Zuschauer säumen den Weg. Da Münchens SPD-Bürgermeister Eduard Schmid verfügt hat, dass „die städtischen Ämter und Betriebe am Tag der Beisetzung grundsätzlich in vollem Umfange arbeiten“ müssen, müssen städtische Beamte für die Teilnahme am Trauerzug eigens einen Urlaubstag opfern.

1923 – Mit der Personalabbauverordnung wird das Zölibat wieder eingeführt

Berlin * Mit der Personalabbauverordnung wird das Zölibat für Beamtinnen wieder eingeführt. Dort heißt es: „Das Dienstverhältnis verheirateter weiblicher Beamter und Lehrer [...] kann jederzeit gekündigt werden. [...] Dies gilt auch bei lebenslänglicher Anstellung“. Gleichzeitig wird eine Heiratsprämie, eine Abfindungssumme im Falle der Eheschließung, eingeführt. Die Beamtinnen verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch jeglichen Anspruch auf Pension.

Januar 1928 – Karl Valentin soll die Rolle des „Froschs“ in der „Fledermaus“ übernehmen

München-Graggenau * Karl Valentin soll im Januar und Februar insgesamt acht Mal die Rolle des „Froschs“ in der „Fledermaus“ übernehmen. Pro Auftritt sollte der Komiker eine Gage von 300 Mark erhalten. Das entspricht dem Monatsgehalt eines verheirateten Beamten mit zwei Kindern.

Doch Karl Valentin schreibt dem Generalintendanten der Bayerischen Staatstheater, Erwin Georg Heinrich Karl Bonaventura Klemens Freiherr von Franckenstein einen Brief, in dem er das Engagement aus gesundheitlichen Gründen absagt.



April 1929 – Der Brunnen mit jagdbaren Tieren wird gebaut

München-Haidhausen * Der Brunnen im heutigen Bordeauxplatz mit einer Abmessung von 20 auf 9 Metern wird gebaut. Wegen seiner vier Tierskulpturen erhält er den in herrlich trockener Beamtenlyrik gehaltenen Namen „Brunnen mit jagdbaren Tieren“. Zuvor befindet sich am Forum an der Wörthstraße ein sogenannter Kustermannbrunnen. Darunter versteht man einen klassischen Münchner Trinkbrunnen mit einer gusseisernen Stele und einer Dackeltränke, den Kommerzienrat Max Kustermann den Haidhausern schenkt.

1932 – Auf der ehemaligen Untergiesinger Lederfabrik entsteht eine Wohnsiedlung

München-Untergiesing * Auf dem Areal der ehemaligen Untergiesinger Lederfabrik entsteht eine Wohnsiedlung, deren Hauptachse die Waldeckstraße ist. Es werden Häuser mit expressionistischen Fassaden und mit Wohnungen gehobenen Stils errichtet. Der „Beamtenblock“ umschließt einer Burg gleich einen großen Innenhof. Die Fenster in der Vorderfront gleichen in ihrer länglichen schmalen Form eher Schießscharten.

1933 – Die Aufgaben des Reichsfinanzhofes ändern sich

München-Bogenhausen * Die Aufgabe des Reichsfinanzhofes bestand während der Jahre von 1933 bis 1945 im Wesentlichen in der Weiterentwicklung der Steuergesetze und der Entwicklung des Steuerrechts im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Den Boykott jüdischer Geschäfte, die Entziehung der Berufszulassungen von jüdischen Ärzten und die Entfernung jüdischer Beamten aus dem öffentlichen Dienst bezeichneten die Finanzrichter lediglich als „in steuerlicher Hinsicht irrelevante Belästigungen“. Mit ihren Urteilen nahmen die „furchtbaren Juristen von der Ismaninger Straße“ entscheidenden Einfluss an der Arisierung jüdischen Vermögens. So mussten Juden, deren Wohnung von der Gestapo versiegelt wurden, nachdem sie ins Ausland geflohen waren, ein Viertel ihres Vermögens als Reichsfluchtsteuer zahlen.

21. Februar 1933 – Hermann Göring will SPDler durch „national gesinnte“ Beamte ersetzen

Berlin * Hermann Göring will in den Polizeiverwaltungen in Preußen SPD-Mitglieder durch „national gesinnte“ Beamte ersetzen.

7. März 1933 – Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums



Berlin * Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wird die Möglichkeit geschaffen, ein Verfahren zur politischen Überprüfung bei Versetzungen oder Berufungen in Gang zu setzen.

7. April 1933 – Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

Berlin * Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ tritt in Kraft. Es ermächtigt die neuen Machthaber zur Entlassung oder Zwangspensionierung politisch „unzuverlässiger Elemente“ und von Beamten jüdischer Herkunft.

Juni 1933 – Professor Dr. Ernst von Romberg hält weiterhin Vorträge

München-Maxvorstadt * Professor Dr. Ernst von Romberg, Bewohner der Richard-Wagner-Straße 2, kann, obwohl er Jude ist, noch einen Vortragszyklus halten, der sogar in einem Organ der NSDAP angekündigt wird. Der Grund: Nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ konnten alle jüdischen Ärzte, die ihren Beamtenstatus vor 1914 erhalten haben, noch weitere zwei Jahre im Amt bleiben. Da Romberg seit 1912 Professor war, trifft für ihn diese „Ausnahmeregelung“ zu.

8. März 1943 – Die Münchner Sinti und Roma werden verhaftet

München * Nach einem Erlass von Innenminister Heinrich Himmler marschieren Polizeibeamte los, um die Häuser der Sinti und Roma zu umstellen und die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppen in Gefängnisse zu bringen. In München ist dies das Gefängnis der Polizei in der Ettstraße. Fünf Tage später rollen die Deportationszüge vom Güterbahnhof los.

1944 – Die Gebäude der Beamten-Relikten-Anstalt werden zerstört

München-Bogenhausen * Die Gebäude der Beamten-Relikten-Anstalt, einem königlichen Damenstift, wird von Bomben dem Erdboden gleich gemacht.

April 1944 – Bomben zerstören die Beamten-Relikten-Anstalt



München-Bogenhausen * Die Beamten-Relikten-Anstalt fällt einem Bombenangriff zum Opfer und wird vollständig zerstört.

1950 – Kein Altersheim auf ehemaliger Beamtenanstalt

München-Bogenhausen * Ein geplantes Altersheim an Stelle der im Jahr 1944 durch Bomben zerstörten Beamten-Relikten-Anstalt wird nicht verwirklicht.

14. Dezember 1950 – Hitlers persönliche Habe wird entdeckt

München-Haidhausen * Hitlers persönliche Habe wird entdeckt, nachdem seine Haushälterin Anni Winter die persönliche Hinterlassenschaft ihres Arbeitgebers für 180.000 DMark zum Kauf anbietet. Einer der Kaufinteressenten ist jedoch ein getarnter Beamter der Kriminalpolizei.

27. März 1952 – Attentat auf Bundeskanzler Konrad Adenauer

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium an der Ettstraße explodiert ein an Bundeskanzler Konrad Adenauer [CDU] adressiertes Päckchen. Dabei wird der Polizeibeamte Karl Reichert getötet.

1956 – Die Frankona-Rückversicherung auf historischem Gelände

München-Bogenhausen * Anstatt der Beamten-Relikten-Anstalt entsteht ein Bau der Frankona-Rückversicherungs AG.

5. August 1956 – Die Halbstarken-Proteste auf der Dult gehen weiter

München-Au * Am Nachmittag trifft sich eine größere Anzahl von Jugendlichen und Halbwüchsigen vor allem bei den Fahrgeschäften auf der Auer Jakobi-Dult. Sie pöbeln die Polizeibeamten an und beschimpfen sie. Gegen 20:20 Uhr weigern sich etwa 100 Jugendliche am Autoskooter den Platz zu räumen. Die Aufforderung zur Räumung des Platzes wird von den Burschen mit Geschrei und Pfeifen beantwortet. Der Widerstand gegen die Räumungsversuche



der Polizei ist zunächst völlig passiver Natur. Die Burschen bleiben meist mit Händen in der Hosentasche hartnäckig stehen und müssen von den Beamten durch fortwährendes Schieben aus dem Dultgelände entfernt werden. Nach etwa 10 Minuten ist das Dultgelände geräumt und die Beamten werden wieder zurückgezogen. Da ziehen zwei Jugendliche mit Geschrei und Gejohle über den bereits leer geräumten Platz, denen sich eine lärmende Horde junger Burschen anschließt, die mit lautem Geschrei über den Platz marschiert. Auch die nunmehr erfolgte Festnahme der beiden Jungen ändert nichts mehr. Die Jugendlichen rotten sich zusammen. Die erneut eingesetzten Polizeibeamten werden teilweise von der Masse der Jugendlichen, die sich inzwischen auf etwa 300 erhöht hat, eingekeilt und muss von Gummiknüppeln Gebrauch machen. Sie werden mit Geschrei und Schimpfworten bedacht. Die eingesetzten Funkstreifenwagen werden mit Steinen beworfen.

22. Mai 1959 – Das Beamtenhaus im Dorf Fall wird gesprengt

Sylvensteinspeicher * Das sogenannte Beamtenhaus im alten Dorf Fall wird gesprengt. Darin hat sich zuvor der letzte Bewohner von Fall verschanzt. Nun kann das Tal des Sylvensteinstausees vollständig geflutet werden.

20. Juni 1962 – Der Polizeieinsatz am Wedekind-Brunnen

München-Schwabing * Der nächste Polizeieinsatz, der letztlich zu den Schwabinger Krawallen führen wird, erfolgt am Wedekindplatz. Am späten Abend schreiten die Ordnungshüter gegen eine Gruppe Gitarristen und deren rund 150 Zuhörer ein, weil sie „ruhestörenden Lärm verursachten, indem sie musizierten, sangen, in die Hände klatschten, zum Teil auch tanzten und grundlos grölten“. Weil die Beamten mit Pfeifen und Buhrufen empfangen werden, rufen sie umgehend das Kleine Überfallkommando herbei. Nach einer dreimaligen über Lautsprecher verbreiteten Aufforderung den Platz zu verlassen, räumen die Zuschauer - ohne nennenswerten Widerstand - den Wedekindplatz.

21. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle beginnen

München-Schwabing * An Fronleichnam, einem katholischen Feiertag in Bayern, beginnen die sogenannten „Schwabinger Krawalle“. Das erste Aufeinandertreffen zwischen Polizei und etwa 50 Zuhörern von drei Gitarrenspielern erfolgt gegen 21:45 Uhr - weit weg von jedem Wohnblock - im Englischen Garten am Monopteros. Doch es läuft glimpflich ab, denn die Jugendlichen folgen



der Aufforderung der Polizei und gehen auseinander. Eine knappe halbe Stunde später löst am Wedekindplatz eine andere Streifenwagenbesatzung - ebenfalls ohne größere Probleme - eine aus etwa 150 Personen bestehende Ansammlung auf, die sich um drei Gitarristen gruppiert hat. Um 22:35 Uhr kommt es an der Leopold-/Ecke Martiusstraße zum dritten Polizeieinsatz und daraus resultierend zur tätlichen Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer aus etwa 200 Personen bestehenden Gruppe, die sich um fünf Gitarristen gebildet hat. Die Band besteht aus den Gymnasiasten Michael Erber und Klaus Olbrich, den Lehrlingen Wolfram Kunkel und Hans (Sitka) Wunderlich und dem jungen Schreiner Rüdiger Herzfeldt. Sie singen und spielen russische Volkslieder. Nachdem sich einige Anwohner über die Störung der Nachtruhe bei der Polizei beschwert haben, treffen zwei Beamte am „Tatort“ ein und fordern die jungen Gitarrespieler zum Einsteigen in den Funkstreifenwagen auf. Das Einschreiten der Polizei gegen die Musiker wird von den Zuhörern - „spontan und ohne vorherige Planung“ - als Festnahme gedeutet. Diese artikulieren daraufhin ihren Unmut ziemlich laut und unmissverständlich. Es kommt zu Rangeleien mit den Ordnungshütern, die nun ihrerseits Verstärkung anfordern, nachdem die Randalierer die Luft aus den Reifen des Polizeiautos lassen. Mit einem ersten Gummiknüppeleinsatz kann die Polizei die auf mehrere hundert Menschen angewachsenen Protestierer vom Schauplatz abdrängen. Kaum dass die Polizisten abgerückt sind, läuft eine noch größere Menschenmenge als zuvor (Schätzungen sprechen von 5.000 Personen) auf die Leopoldstraße und blockiert den Auto- und Straßenbahn-Verkehr mit Stühlen und indem sie sich selbst auf der Straße niederlassen. Erst nach der zweimaligen Räumung der Straße und der Festnahme von 41 Personen erklärt die Polizei um 1:40 Uhr den Einsatz für beendet. Laut Polizeibericht kommen 90 Beamte zum Einsatz. Zwei Protestierer werden nachträglich zur Anzeige gebracht.

23. Juni 1962 – Bei einer Straßenschlacht werden 14 Randalierer schwer verletzt

München-Schwabing * Samstag. Wieder versammeln sich bis zu 10.000 Protestierer auf der Leopoldstraße und erstellen Straßenblockaden. Mit Feuerwerkskörpern versuchen sie die Pferde der berittenen Polizei scheu zu machen. Flaschen und Steine fliegen in Richtung der Polizei. Dabei werden drei Beamte verletzt. Bei einer regelrechten Straßenschlacht, bei der die Polizei vom massiven Schlagstockeinsatz gebrauch macht, werden 14 Randalierer schwer verletzt. Der Student Georg Friz schwebt nach einem Leberriß in Lebensgefahr. Nach Ansicht von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel haben an diesem Samstag weniger die Studenten als „vor allem der Pöbel aller Stadtviertel“ in Schwabing ihr Unwesen getrieben. Laut Polizeibericht kommen über 150 Polizisten zum Einsatz. 16 Protestierer werden festgenommen und neun nachträglich zur Anzeige gebracht.



24. Juni 1966 – Auftritte der Beatles im Cirkus Krone

München * Für 17:15 Uhr ist das erste und für 21 Uhr das zweite Beatles-Konzert im Circus Krone angesetzt. Die Süddeutsche Zeitung informiert ihre Leser fürsorglich über die gesundheitliche Gefährlichkeit dieser Musik: „Wenn die Gitarren ihren harten Rhythmus beginnen, wird der Lärm so stark, dass es vom ärztlichen Standpunkt aus ratsam erscheint, das Weite zu suchen. Das halbe Dutzend großer Verstärker verwandelt selbst das Laufgeräusch einer Ameise in das Donnern einer aufgeschreckten Elefantenherde: Sie haben zusammen 800 Watt.“ Die 6.200 Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte sind schon lange vorher verkauft worden, 2.000 davon nach auswärts. Vier Sonderzüge treffen mit diesen Fans in München ein: aus Stuttgart Der Rasende John, aus Innsbruck Der Fliegende Paul, aus Würzburg Der Schnelle George und aus Ulm Der Rollende Ringo. Am Einlass zum Cirkus-Krone-Bau brechen Teenager vor Enttäuschung in Tränen aus. Sie sind von einer Fälscherbande mit gezinkten Tickets betrogen worden. Um 16:30 Uhr werden die Türen zum Circus-Krone-Bau für die Fans geöffnet und um 17:15 Uhr beginnt das erste Beatles-Konzert vor 3.500 Zuschauern mit dem Vorprogramm. Die Sicherheitsvorkehrungen sind beträchtlich: 250 Polizeibeamte sind im Einsatz. Im Hof der Deroy-Schule parkt ein Wasserwerfer. Im Publikum verteilen sich ausgewählte junge Beamte. Bei einem Stimmungsüberschlag will man den Cirkus-Krone-Bau schlagartig in gleißend weißes Licht tauchen. Doch noch vor Konzertbeginn sorgt ein Gewitterregen für Abkühlung. Die Stimmung sinkt noch tiefer, als sich die erste Vorgruppe mit dem aufreizenden Namen Cliff Bennet and the Rebel Rousers auf der Münchner Bühne abmüht. Erst den Rattles, einer Band aus Hamburg, gelingt es, die Emotionen auf beatlesgemäßes Niveau zu steigern. Im Anschluss tritt noch das Duo Peter & Gordon auf. Danach schaltet die Regie eine künstliche Pause, nach der - in dem atemlos stillen Krone-Saal - die Beatles angekündigt werden. Als die vier Ausnahmemusiker urplötzlich auf die Bühne springen, entlädt sich ein Orkan. Unter ihren - für die damaligen Verhältnisse - skandalös langhaarigen Köpfen tragen sie dunkelgrüne Jägeranzüge mit hellen Kragenaufschlägen. Ihre ebenfalls uniformen gelben Hemden sind mit Krawatten zugebunden. Die Beatles spielen zwar nur elf Lieder. Doch mit jedem Song steigert sich die frenetische Begeisterung des Münchner Publikums. Die Songfolge ist folgendermaßen: Rock and Roll Music She's a woman If I needed someone Babys in black Day tripper I feel fine Yesterday I wanna be your man Nowhere man Paperback writer I'm down Begeisterte, schluchzende und enthemmte Jugendliche branden gegen die Bühne an, ausgebremst von einer Hundertschaft Polizisten, die auf Empfehlung des Psychologen in Zivil gekommen sind. Papierkugeln und Damenschuhe fliegen durch die Luft - bevorzugt zu Paul McCartney, dem damals noch einzigen Junggesellen. Nach jeder Nummer verbeugen sich die „Pilzköpfe“ artig und lächeln lieb. Das Jubelgeschrei wird noch lauter und noch stärker, sodass hinterher keiner der Anwesenden mit Bestimmtheit sagen



kann, welche Songs die Beatles tatsächlich gespielt haben. Bereits nach 25 Minuten verschwinden die - wie sie die Münchner Presse gerne nennt - „vier Liverpooler Sängerknaben“ - genauso schnell wieder von der Bühne, wie sie gekommen sind, und hinterlassen ein erschüttertes Publikum und eine erleichterte Polizei. Immerhin ist es zu keinen Ausschreitungen und Sachbeschädigungen gekommen. „Es ging alles friedlich vonstatten“, wurde gebetsmühlenartig wiederholt.

26. Juni 1966 – Die Hamburger Beatles-Konzerte

Hamburg * Die Beatles treffen um 5:30 Uhr auf dem Hamburger Bahnhof Ahrensburg ein. Nach zwei Shows in der Ernst-Merck-Halle vor jeweils 5.600 Zuschauern bricht der Verkehr zusammen. Vier Stunden nach dem zweiten Konzert meldet der Polizeifunk: „Durchbruch der Fans auf breiter Front.“ 600 Polizeibeamte sind im Einsatz und 117 Fans werden inhaftiert. Unterdessen entweichen die Beatles ihren Bewachern und feiern mit ihren alten Freunden von der Reeperbahn bis um vier Uhr in der Frühe. Damit endet das Gastspiel der „weltbesten Beatband“ in Deutschland.

1979 – Die Raumprobleme durch den Bau eines Glockenturmes lösen

München-Untergiesing * Bei einem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel wird die Problematik der beengten Raumverhältnisse im Untergiesinger Templer-Kloster angesprochen. Die einbezogene staatliche Beamtenschaft schlägt vor, die Raumprobleme durch den Bau eines Glockenturmes zu lösen. Denn auf einen Glockenturm hat eine Religionsgemeinschaft sogar einen Rechtsanspruch. Mit dem achtstöckigen Bauwerk kann die dringend benötigte Nutzfläche von über vierhundert Quadratmetern erzeugt werden. Der Turm besitzt eine Gesamthöhe von 87 Metern, bei einer Diagonale von elf Metern. Die Turmzwiebel umfasst alleine eine Höhe von 18 Metern. Und damit ragt dieser Turm natürlich weithin sichtbar über das Untergiesinger Wohnungsneubaugebiet und die sich in dieser Gegend befindende Kleingartenanlage. Schon dadurch gibt der Turm der „Ordensgemeinschaft“ ein weithin sichtbares Symbol.

13. Mai 1981 – SoKo Theresienwiese: Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben

München * Nach acht Monaten stellt die Sonderkommission Theresienwiese ihre Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat ein und präsentiert den 187-seitigen vorläufigen Abschlussbericht.



860 Spuren wurden verfolgt und in die puzzleartige Rekonstruktion der Tat eingepasst. Die Beamten haben 1.800 Zeugen vernommen und 1.500 Asservate begutachtet. Die Quintessenz lautet: „Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben. Für eine Mittäterschaft oder auch nur Mitwisserschaft anderer an dem Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest ließen sich keine konkreten Anhaltspunkte erkennen“. Seine rechtsextremistische Einstellung wird durch Nachforschungen bestätigt. Ebenso, dass er in den Jahren 1975/76 an Übungen der am 30. Januar 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann teilgenommen hat. Die These vom verwirrten Einzeltäter ist seitdem die offizielle Version.

20. Mai 1986 – Die Polizeiführung wird ausgewechselt

Wackersdorf * Nach den schweren Auseinandersetzungen an Pfingsten wird Polizeipräsident Hermann Friker als verantwortlicher Einsatzleiter abgelöst. Wilhelm Fenzl übernimmt die Leitung der Polizeieinsätze rund um das WAA-Gelände. Innerhalb der Polizei beginnt eine kontroverse Diskussion über Einsatzstrategie, Überforderung der Beamten und eine mögliche politische Instrumentalisierung der Polizei im WAA-Konflikt.

7. September 1986 – Ein Zug kollidiert mit einem Polizeihubschrauber

Schwandorf * Auf der Bahnstrecke Schwandorf–Cham kollidiert ein Triebwagen der Deutschen Bundesbahn mit einem Polizeihubschrauber. Der Hubschrauber schwebt nur etwa einen Meter über den Gleisen, um drei Polizeibeamte aufzunehmen, als ihn der Zug erfasst. Die fünf Insassen des Hubschraubers werden zum Teil schwer verletzt. Der 31-jährige Kriminalhauptmeister Hans Hirschinger erliegt am 24. September seinen schweren Verletzungen. Sein Tod ist der dritte Todesfall des Jahres 1986 im Zusammenhang mit den Ereignissen um die WAA Wackersdorf.

November 1986 – Baufortschritt und juristische Aufarbeitung

Wackersdorf - Schwandorf * Während die Arbeiten auf dem WAA-Gelände fortgesetzt und die Baustelleneinrichtungen erweitert werden, beschäftigen die zurückliegenden Proteste zunehmend Polizei und Justiz. Gegen zahlreiche Demonstranten laufen Ermittlungs- und Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Zugleich werden einzelne Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht. Sie betreffen unter anderem unverhältnismäßige Gewaltanwendung



bei Demonstrationen, Räumungen und Festnahmen. Der WAA-Konflikt verlagert sich damit zunehmend vom Bauzaun in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

26. Februar 1987 – Peter Gauweilers Anti-Aids-Regelungen

München * Peter Gauweiler, CSU-Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, setzt sich für scharfe Anti-Aids-Regelungen in Bayern ein - mit Zwangstests für Prostituierte, Drogenabhängige und angehende Beamte. Er bezeichnet an Aids erkrankte Personen als Aussätzige.

28. September 1988 – Verdacht auf manipulierte WAA-Gutachten

München-Haidhausen * SPD und Grüne beantragen im Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss. Er soll klären, ob Beamte des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen politischen Einfluss auf wissenschaftliche Gutachten zur WAA genommen haben. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Vorwurf, kritische Messwerte zur radioaktiven Belastung nicht ausreichend berücksichtigt oder nachträglich abgeschwächt zu haben. Der Landtag setzt den Untersuchungsausschuss am 2. Februar 1989 ein. Die Ausschussmehrheit und die Opposition gelangen später zu unterschiedlichen Bewertungen der Vorwürfe.

15. März 2020 – Kommunalwahl trotz Corona

Freistaat Bayern • Im Freistaat Bayern finden die Kommunalratswahlen trotz der heraufziehenden Corona-Pandemie statt. Da Wahlhelfer reihenweise absagen, werden Lehrer (Beamte) per Anordnung für diese Tätigkeit zwangsverpflichtet.
